

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Vor dem G 8-Gipfel – Seite 4*
- *Türkei: Weiter mit dem EU-Beitritt oder zurück zum Polizeistaat vor den Toren Europas? – Seite 6*
- *Freibug Haushaltsrede der Unabhängigen Listen: „Kein Schuldenabbau auf Kosten der Stadt“ – Seite 12*
- *Tarifabschluss für Weiterbildungsbranche – Seite 16*
- *Der Papst in Lateinamerika – Seite 19*

Ausgabe Nr. 11 am 1. Juni 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €. Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

EuGH stärkt Gewerkschaften

Handelsblatt, 24.5. rüL Der Europäische Gerichtshof (EuGH) dürfte in Kürze den Gewerkschaften einen wichtigen Erfolg gegen das umstrittene Herkunftsland bescheren. Der Generalstaatsanwalt hat in einem wichtigen Fall entschieden, dass Gewerkschaften in bestimmten Fällen ausländische Unternehmen zwingen dürfen, ihre Beschäftigte zu den im Gastland geltenden Tarifen zu beschäftigen. Die Luxemburger Richter des EuGH folgen in den allermeisten Fällen dem Votum des Generalstaatsanwalts, deshalb wird die Entscheidung von den Gewerkschaften bereits jetzt begrüßt. In dem Verfahren vor dem EuGH geht es um Blockadeaktionen der schwedischen Baugewerkschaft gegen ein lettisches Bauunternehmen, das als billigster Anbieter den Auftrag zum Umbau einer Schule in Schweden erhalten hatte und auf seiner Baustelle lettische Arbeiter zu lettischen Löhnen beschäftigte. Die Gewerkschaften hatten die Baustelle über Monate blockiert, um das Unternehmen zur Zahlung schwedischer Löhne zu zwingen. Das Unternehmen weigerte sich, am Ende meldete es Konkurs für seine schwedische Tochter an und zog sich von dem Auftrag zurück. Die Entscheidung des EuGH gilt deshalb bei den Gewerkschaften als wichtiger Sieg gegen das umstrittene „Herkunftslandprinzip“. Die Entscheidung des EuGH wird für Jahresende erwartet. Hierzulande ist der Arbeitgeberverband bereits beunruhigt und fürchtet Aktionen der Gewerkschaften in vergleichbaren Fällen, etwa vor Schlachterien, die in Deutschland ausländische Kolonnen zu dortigen Billiglöhnen ausbeuten.

nister die europäische Weltraumbehörde ESA mit dem Projekt Galileo beauftragen und die ESA Aufträge in Partien an einzelne Unternehmen gibt. Die von dem Industriekonsortium verlangte garantierte Rendite hätte eine halbe Milliarde Euro mehr gekostet, und die Kapitalkosten bei einer ESA-Beauftragung seien um 1,5 Milliarden Euro niedriger als bei dem Konsortium, berichtet das „Handelsblatt“. Insgesamt soll „Galileo“ ab 2011 in Funktion sein und in den nächsten 20 Jahren 7 Milliarden Euro kosten. Das konkurrierende US-System GPS ist zwar weltweit kostenlos nutzbar, soll aber bis 2011 noch nicht so genau arbeiten können wie Galileo. Endgültig entschieden ist der Streit zwischen Industrie und Politik aber noch nicht. EU-Industriekommissar Verheugen kritisiert jetzt, Galileo sei ein „dummes System, weil es nur eines kann: es kann navigieren helfen, sonst nichts.“ Nun grübeln viele, was Verheugen damit will.

EU-Staaten beschließen Grundsätze für Stadtentwicklung

daily.net.de, 25.5. hav. Die EU-Staaten haben sich auf gemeinsame Grundsätze für die Entwicklung von Städten geeinigt. Auf einer Konferenz in Leipzig wurde die so genannte „Leipzig-Charta“ beschlossen. Die Bauminister der 27-EU-Staaten nannten darin als Ziel für das 21. Jahrhundert, für eine Renaissance der Innenstädte zu sorgen. Wohnen, Arbeiten und Freizeit sollen dabei wieder stärker miteinander vermischt werden. Ein Schwerpunkt soll dabei der Klimaschutz sein. Zu der beim informellen EU-Ministertreffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt verabschiedeten Leipzig-Charta erklärt Heidrun Bluhm, bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke.: Die Leipzig Charta bleibt verbindliche Leitlinien und Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Stadtverkehr, für energieeffizientes Bauen, für einen ökologischen und sozial ausgewogenen Stadtumbau schuldig, an denen sich die EU-Mitgliedsstaaten zu orientieren haben. Wer „integrative und partizipative Stadtentwicklung“ ernsthaft will, muss dafür sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger ein tatsächliches Mitspracherecht haben und durch ihre Mehrheitsentscheidungen vor Ort Stadtentwicklung beeinflussen können.

Direktinvestitionen zwischen EU und Drittländern 2006 gestiegen

Eurostat, 24.5. hav. Die Direktinvestitionen zwischen der EU-27 und Drittländern sind im vergangenen Jahr kräftig gestiegen, während die Direktinvesti-

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

titionsströme innerhalb der EU zurückgingen. Wie Eurostat berichtete, floss aus der EU-27 im Jahr 2006 Direktinvestitionskapital in Höhe von 183 Mrd. Euro in Drittländer. Das waren 35% mehr als im Vorjahr (2005: 136 Mrd. Euro). Die Zuflüsse aus Drittländern in die EU-27 nahmen im gleichen Zeitraum um 42% zu und stiegen auf 135 Mrd. Euro (95 Mrd. Euro). Die Direktinvestitionsströme innerhalb der EU-27 gingen hingegen um 8% zurück. Eurostat begründete den Anstieg der Direktinvestitionen der EU-27 in Drittländern mit der Zunahme der Investitionsströme zwischen der EU-27 und Nordamerika. Im vergangenen Jahr investierte die EU-27 rund 71 Mrd. Euro in den USA und 22 Mrd. in Kanada, verglichen mit 37 Mrd. Euro bzw. 13 Mrd. Euro im Jahr 2005. Die USA investierten im Jahr 2006 48 Mrd. Euro in der EU-27 und Kanada 5 Mrd. Euro verglichen mit 19 Mrd. bzw. 7 Mrd. im Jahr 2005. Den weiteren Angaben zufolge hatten Frankreich, Deutschland, Luxemburg und Großbritannien den größten Anteil an den Direktinvestitionsströmen zwischen der EU-27 und Drittländern, während in der EU-27 Spanien, Frankreich, Luxemburg und Großbritannien die Hauptinvestoren waren. (<http://ec.europa.eu/eurostat>)

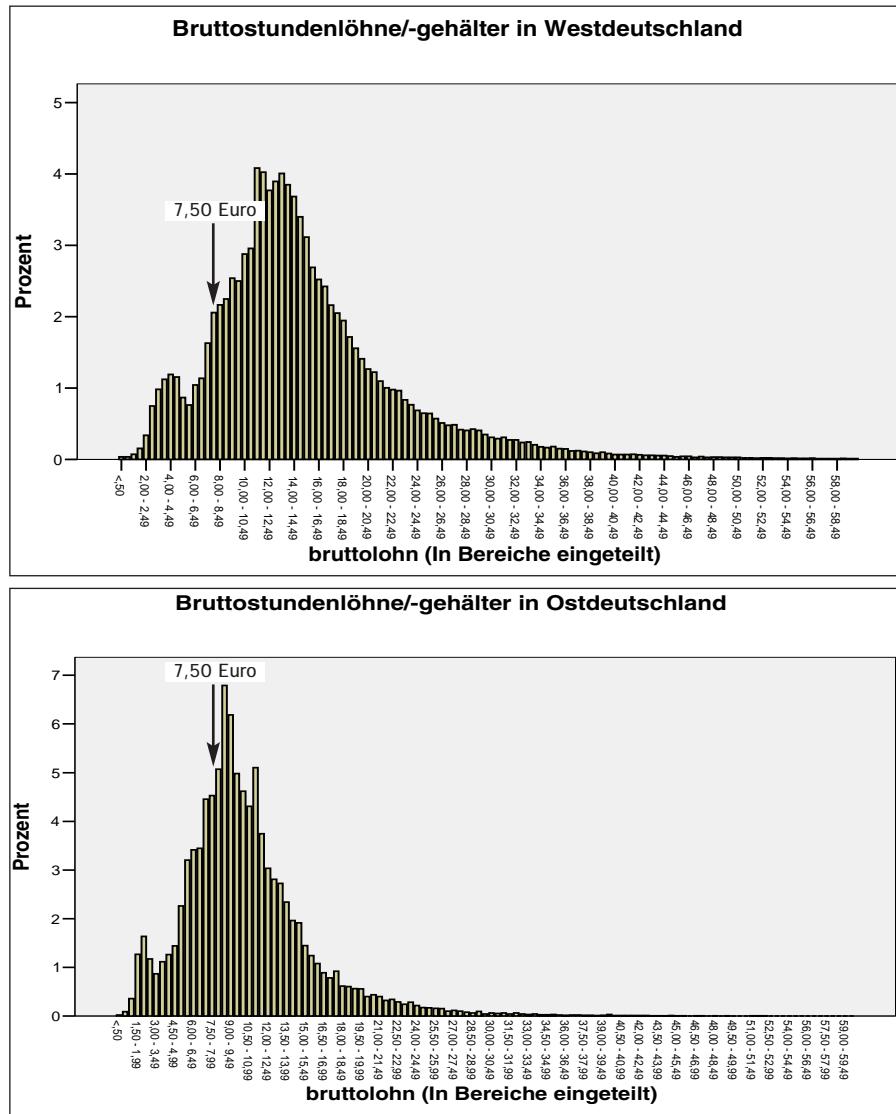
Wer arbeitet für weniger als einem Mindestlohn?

www.cesifo-group.de, alk., „Zur Einführung von Mindestlöhnen: Empirische Relevanz des Niedriglohnsektors“ heißt eine Studie von Joachim Ragnitz (IWH Institut für Wirtschaftsforschung Halle) und Marcel Thum (ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden), die das Ifo-Institut, erklärter Gegner des Mindestlohns, veröffentlicht hat.

Die Autoren haben die Personen, die unter eine eventuelle Mindestlohnregelung fallen würden, nach den Daten der Gehalts- und Lohnerhebung im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich ermittelt (Stand der Statistik: 2001). Sie schreiben:

„Nach dieser Statistik betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst (ohne Zuschläge für Schicht-, Nacht- oder Mehrarbeit) im Berichtsjahr in Westdeutschland 15,10 Euro, in Ostdeutschland 10,50 Euro.“

Die Verteilung der Bruttostundenverdienste über alle Beschäftigten (hochgerechnete Werte) ist in den folgenden Abbildungen wiedergegeben. Auffällig (aber nicht überraschend) die im Vergleich zu Westdeutschland deutlich nach links verschobene Einkommensverteilung in Ostdeutschland; zudem ist die Streuung der Stundenverdienste in den neuen Ländern deutlich schwächer ausgeprägt als in Westdeutschland, was



vor allem an geringen Besatzziffern in den oberen Gehaltsgruppen liegt. Überdies zeigen die Graphiken recht deutlich den Anteil der Geringverdiener an allen erfassten Lohn- und Gehaltsbeziehern: Unter 6,50 Euro je Stunde verdienen in Ost- bzw. Westdeutschland 18,1% bzw. 8,5%; einen Stundenlohnsatz von weniger als 7,50 Euro erhalten in den neuen Ländern sogar 26% aller erfassten Beschäftigten (Westdeutschland: 11,3%). In absoluten Zahlen ausgedrückt sind dies 342.600 (492.100) Arbeitnehmer in Ostdeutschland und 1.381.700 (1.831.600) Beschäftigte in Westdeutschland (Angaben für einen Mindestlohn von 6,50/7,50 Euro).

In einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen verdient ein nicht unbedeutlicher Anteil von Arbeitnehmern weniger als diesen Betrag (7,50 Euro); besonders stark verbreitet sind niedrigere Löhne dabei im Wirtschaftsbereich Zeitarbeit, Personalvermittlung; Detekteien, Schutzdienste sowie im Gastgewerbe. So erhalten in Ostdeutschland rund 70% aller Beschäftigten dieser Branchen einen niedrigeren Lohnsatz. Auch im Ernährungs- und im Textilgewerbe sind Löhne unterhalb dieser Grenze weit verbreitet, insbesondere wieder in den neuen Ländern. Dies hat

wohl vor allem damit zu tun, dass in diesen Branchen überwiegend kleinere Betriebe tätig sind, die typischerweise niedrigere Löhne zahlen. Differenziert man nach Berufsgruppen, so sind Löhne unter 7,50 Euro je Stunde vor allem bei Reinigungskräften, in hauswirtschaftlichen Berufen, bei Wachpersonal sowie bei Verkäufern häufig anzutreffen.“

Die Schlussfolgerung, die auftragsgemäß gezogen wird: „Die Einführung eines Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro je Stunde würde für die Arbeitgeber die Kosten des Arbeitseinsatzes erhöhen, sodass mit Ausweichreaktionen zu rechnen ist.“ – Über solche Ausweichreaktionen hatten wir in dieser Zeitschrift bereits einmal gängige Auffassungen der Volkswirtschaftslehre zitiert: Höhere Lohnkosten führen kurzfristig zu höheren Preisen oder niedrigeren Gewinnen; langfristig ist die Steigerung der Produktivität ein Ausweg.

Die große Zahl von Personen, die unterhalb des Mindestlohns arbeiten muss, macht deutlich, dass die gesetzliche Absicherung durch Aufstockung von Niedriglöhnen durch staatliche Sozialhilfe/Arbeitslosengeld II dringend ergänzt werden muss durch eine Garantie bei den gewerblichen Einkommen: das ist eben der Mindestlohn.

G8-Gipfel in Heiligendamm: Aufruf zur Internationalen Großdemonstration in Rostock am Samstag, 2.6.2007

Eine andere Welt ist möglich!

Anfang Juni 2007 treffen sich die Regierungen der sieben wichtigsten Industrieländer und Russlands zum „G8-Gipfel“ im Ostseebad Heiligendamm. Die „Gruppe der 8“ (G8) ist eine Institution ohne Legitimation. Dennoch trifft sie als selbsternannte informelle Weltregierung Entscheidungen, die die gesamte Menschheit betreffen. Die Politik der G8 steht für eine neoliberalen Globalisierung und Deregulierung, die Wirtschaftspolitik an den Rendite-Interessen internationaler Finanzanleger und Konzerne ausrichtet.

- Alle fünf Sekunden stirbt in der Welt ein Kind an Hunger, mehr als 800 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist eine ungerechte Welthandelspolitik, wie sie im Rahmen der G8 und anderer internationaler Institutionen von den reichen Industrieländern betrieben wird.
- Trotz der vollmundigen Versprechungen vom G8-Gipfel in Gleneagles 2005 wurde den Ländern des Südens bislang nur ein geringer Teil ihrer Schulden erlassen.
- Indem sie Liberalisierung und Privatisierung vorantreiben, haben die G8-Armut nicht nur im globalen Süden, sondern auch in den Industrieländern verstärkt. Die weltweite Plünderung von Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen wird beschleunigt.
- Zugleich schotten sich die reichen Industrieländer immer stärker gegen Flüchtlinge und MigrantInnen ab. Die dennoch Eingereisten werden illegalisiert und als rechtlose BilligarbeiterInnen ausgebeutet.
- Die G8-Staaten sind die größten Klimazerstörer. Sie allein sind für 43% des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich und stehen zudem für eine Renaissance der Atomenergie, die wir entschieden ablehnen.
- Die G8-Staaten sind verantwortlich für 90% der weltweiten Waffenexporte und eine neue Ära von Rohstoffkriegen. Sie sind Vorreiter einer auf Krieg gestützten Weltordnung, die in vielen Ländern zu Flucht, Vertreibung, neuem Hass und Gewalt führt.

Die von der Dominanz der G8 geprägte Welt ist eine Welt der Kriege, des Hungers, der sozialen Spaltung, der Umweltzerstörung und der Mauern gegen MigrantInnen und Flüchtlinge.



Eine andere Welt ist möglich!

- Für die sofortige Streichung illegitimer Schulden und eine faire Entschuldung der Länder des globalen Südens!
- Gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienste – für gleiche soziale Rechte und Standards weltweit!
- Für einen schnellen und radikalen Wechsel zu den erneuerbaren Energien. Zusammen mit einer deutlichen Erhöhung der Energieeffizienz und der Umstellung auf ein nachhaltiges Wirtschaften können nur so ein gefährlicher Klimawandel und weitere Kriege um Öl- und Gasreserven verhindert werden.
- Für den sofortigen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und für vollständige weltweite atomare Abrüstung!
- Für ein solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – gegen jede Form von Rassismus und Faschismus!
- Für die Überwindung von Mauern und Grenzen! Gegen Lager und Abschiebungen!
- Für eine friedliche Welt! Schluss mit der militärischen Durchsetzung wirtschaftlicher und machpolitischer Interessen durch die G8-Staaten!

Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen bedeutet faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, bedeutet Frieden, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Demokratie und Bewahrung der Lebensgrundlagen des Planeten für die nächsten Generationen.

Eine solche andere Globalisierung entsteht nicht auf exklusiven und abgeschotteten Gipfeltreffen, sondern von unten aus der globalen Bewegung von Menschen und Initiativen, die sich für eine andere, bessere Welt einsetzen. Diese globale Bewegung wird sich mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen während des G8-Gipfels zu Wort melden. Auf der Internationalen Demonstration am 2. Juni 2007 in Rostock werden wir die Größe, Stärke und Vielfalt unseres bunten und breiten Protestes unübersehbar machen.

Aufruferliste im Internet unter: www.heiligen-damm2007.de/Demo_aufruf.html.

Vor dem G8-Gipfel

Die Mobilisierung anlässlich des G8-Treffens in Heiligendamm unterstreicht, dass die breite Öffentlichkeit sich mit den Folgen der Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik der großen Staaten befassen muss. Die Kritik der Öffentlichkeit skandalisiert zwei Punkte zugespitzt: Reichtum der Länder des globalen Nordens durch Verteilung der Anderen zur Armut und Verschleuderung der Zukunft durch Raubbau in der Gegenwart. Daneben ist die Frage aufgeworfen, wieso diese acht Staaten sich anmaßen, Schicksal der Welt zu spielen. Das Gewicht dieser Kritik muss sorgfältig gewogen werden.

G8-Treffen und Demokratie

Ein wichtiger Punkt zur Beurteilung ist, ob eine solche Kritik von den betroffenen Ländern geführt wird. Wenn das im Großen und Ganzen nicht der Fall ist, ist eine Erklärung fällig. Denkbar wäre, dass eine solche Konferenz die Informationslage der Weltgesellschaft verbessert und auf diesem Wege den Betroffenen Möglichkeiten eröffnet, auf die Wirtschafts-, Handels-, und Währungspolitik der „Großen“ Einfluss zu nehmen. Wenn die „Großen“ die Ziele und Wege ihrer Politik offen legen, stehen diese auch in den Institutionen der Weltgesellschaft zur Debatte. Die Bedeutung etwa der UNO würde dadurch vermutlich nicht gemindert, eher im Gegenteil.

Ein anderer nicht weniger wichtiger Punkt ist, wie die Beziehung zwischen staatlichem Handeln und demokratischer Öffentlichkeit durch eine solche Veranstaltung berührt wird. Es scheint so, dass die öffentliche Meinung durch solche Veranstaltungen herausgefordert wird und politische Zielsetzungen formuliert, zu denen sich die Repräsentanten des Staates, wie in diesen Tagen zu beobachten, öffentlich verhalten müssen.

Diese Beobachtungen würden ergeben, dass eine Kritik an der internationalen Situation und ihren Verwerfungen anlässlich dieser Konferenz zu führen ist, diese Kritik sich aber nicht auf deren Verhinderung zusetzt. Würde das gewünscht, wäre im politischen Feld die Forderung nach Austritt der BRD aus diesem Kreis zu hören. Das wird nicht verlangt, und so geht es darum, dass sich die verantwortlichen Repräsentanten der Kritik stellen müssen.

Auf dem weiten Feld der internationalen Beziehungen steckt die Demokratie in den Kinderschuhen. Es handeln souveräne Staaten oder Staatenbünde. Ein Gegengewicht stellt ledig-

lich die öffentliche Meinung dar, für deren Entwicklung Publizität, Presse- und Informationsfreiheit sowie Demonstrationsfreiheit nötig sind.

Zum Vergleich: Die Nato-Sicherheitskonferenz

Während es bei den G8-Treffen um das Verhalten der Staaten im Fluss einer wirtschaftlichen Entwicklung geht, liegt bei der Nato-Sicherheitskonferenz inhaltlich etwas anderes vor: Hier tasten Militärmächte und -blöcke das politische Umfeld für Kriegszüge ab.

Die Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik ist ein laufendes Geschäft jeder Regierung, bei dem die Akteure wissen wollen, was andere, besonders die Großen tun. Der mögliche gegenseitige Vorteil gibt der wechselseitigen Information den Sinn.

Ähnliches liegt bei der Friedens- und Abrüstungspolitik vor. Eine Unzahl von institutionalisierten oder frei veranstalteten, staatlichen oder gesellschaftlichen Friedensprozessen und -diskussionen sucht nach Wegen des Ausgleichs internationaler Spannungen. Neben diese Friedensveranstaltungen tritt die Münchner Nato-Sicherheitskonferenz mit dem einseitig herausgestrichenen Ziel der „Sicherheit“, ein Zustand, der nicht nur durch Zusammenarbeit und Gerechtigkeit angestrebt werden kann, sondern mittelfristig auch durch Gewaltanwendung. Diesem schlechten Zweck entsprechen die Mittel. Während bei den G8 verantwortliche Repräsentanten der Staaten die Veranstalter sind und somit eine wenn auch schwache Rückeinbindung in die Demokratie der jeweiligen Länder gegeben ist, handelt es sich bei der Münchner Nato-Sicherheitskonferenz um eine private Veranstaltung, die Mächtigen und ihren Beauftragten die Gelegenheit gibt, einander zu betasten und ins Auge gefasste Opfer zu isolieren.

Prosperität, Entwicklung Afrikas, Weltklima, aber was ist mit dem Friedenswunsch?

Während die Veranstalter des G8-Treffens die Kritik an Verarmung und Raubbau aufnehmen, hält die Regierungserklärung Merkels sich betreffend dem Wunsch nach Frieden sehr zurück. Es fehlt ein Angebot zur Zusammenarbeit mit der Welt des Islam. Unter diesen Umständen kann sich die angekündigte Verbesserung der Chancen der Länder Afrikas auch als Kampf um die kulturelle Vorherrschaft zwischen christlicher und islamischer Kultur auf diesem Kontinent entfalten. Auch in dem Aufruf der G8-Kritiker wird der Wunsch nach Frieden an der konkreten Kriegssituation vorbeigeführt. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, wieso der deutsche Konservatismus glaubt, die G8-Kritik einfangen zu können. *Martin Fochler; Alfred Küstler*

Dokumentiert: Aus der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin und Antworten der Opposition in der anschließenden Debatte im Bundestag am 24. Mai

„Globalisierung politisch gestalten, ihr ein menschliches Gesicht geben“

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Meine Damen und Herren, auf Einladung des deutschen Vorsitzes wird der diesjährige G-8-Gipfel Anfang Juni in Heiligendamm stattfinden. Er bietet uns ein einmaliges Forum, um gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs der Gruppe der G 8 und der wichtigsten Schwellenländer über die politischen Antworten auf drängende globale Fragen unserer Zeit zu diskutieren.

Beim ersten Weltwirtschaftsgipfel, 1975 auf dem Schloss Rambouillet, sprach noch niemand von Globalisierung. Heute steht die Globalisierung im Mittelpunkt unserer Beratungen. Wir wissen: Die Globalisierung bietet große Chancen, Chancen für Wachstum, für Beschäftigung, für Wohlstand und für Freiheit, und zwar für alle Länder. Mehr noch: Sie bietet eindeutig mehr Chancen als Risiken. Wir müssen diese Chancen allerdings erkennen, und wir müssen sie nutzen. Gerade Deutschland hat als exportorientiertes Land in großem Maße von den Freiheiten der Globalisierung profitiert.

Aber auch andere Länder, allen voran unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn, verdanken ihren wachsenden Wohlstand den Freiheiten der Globalisierung. Nicht zuletzt eröffnen Globalisierung und freier Welthandel auch und gerade den Entwicklungsländern große Chancen. In vielen dieser Länder, nicht zuletzt in Afrika, hat das Wachstum in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

Und doch weckt die fortschreitende Globalisierung bei vielen Menschen in Deutschland wie in anderen Ländern erhebliche Ängste. Diese Ängste nimmt die Bundesregierung ernst. Viele Menschen stellen bohrende Fragen: Kann die Globalisierung überhaupt noch politisch gestaltet werden? Gibt es Alternativen zur Globalisierung, so wie sie abläuft? Wird Europa seinen Wohlstand in diesem Wettbewerb bewahren können?

Diese Fragen wischen wir genauso wenig einfach vom Tisch wie den öffentlichen Protest, der sich daran anschließt. Natürlich muss sich dieser Protest an der Sache orientieren, und er muss friedlich sein. In der übergroßen Mehrheit ist er das auch. Denken wir an die unzähligen Initiativen von Schulen, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, die zum G-8-Gipfel in ganz Deutschland und ganz besonders in der Nähe des Austragungsortes geplant sind.

Ich bin der Überzeugung, dass die Politik durch die Globalisierung weder

entbehrliech noch machtlos wird. Ich schließe mich ausdrücklich nicht der weitverbreiteten Einschätzung an, dass die Politik keinen Einfluss auf die Globalisierung nehmen kann und ihr daher nur hinterherläuft. Im Gegenteil: Wir können und wir müssen Globalisierung nicht nur im jeweils eigenen Land, sondern auch auf internationaler Ebene politisch gestalten. Hierfür ist die G 8 ein wertvolles Gremium. Das ist ganz wesentlich und der Sinn dieser Treffen.

Es geht bei der G 8 nicht darum, spezifische Interessen der führenden Industrieländer gegen den Rest der Welt durchzusetzen. Das wäre der völlig falsche Ansatz. Es geht vielmehr darum, bei Fragen, die die ganze Welt betreffen, gemeinsam zu Fortschritten zu kommen und die Verantwortung der führenden Industrieländer hierbei deutlich zu machen. Deshalb hat die Bundesregierung die G-8-Präsidentschaft unter das Motto „Wachstum und Verantwortung“ gestellt. Denn wir wollen, dass die G-8-Länder ihre Verantwortung für die globalen Entwicklungen wirklich wahrnehmen.

Neu ist, dass wir dies wesentlich stärker als in der Vergangenheit im Dialog mit wichtigen Schwellenländern anstreben. Daher werden wir schon beim G-8-Gipfel in Heiligendamm am 8. Juni mit den Staats- und Regierungschefs aus China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika zusammenkommen. Wir wollen die G 8 nicht zu einer G-13-Gruppe erweitern. Aber wir wissen: Ohne die Schwellenländer sind Fortschritte etwa beim Klimaschutz, bei der Welthandelsrunde oder beim besseren Schutz geistigen Eigentums heute nicht denkbar.

Sieben Themen stehen im Mittelpunkt des Gipfels.

Erstes Thema: der globale Aufschwung. Wir wollen die Risiken für die Fortsetzung des Aufschwungs begrenzen. Oder andersherum: Wir wollen alles tun, um den Aufschwung der weltweiten Wirtschaft zu verstetigen.

Zweites Thema: Innovationen. Sie sind der Schlüssel für Wachstum und Wohlstand. Einen besonderen Stellenwert haben dabei Maßnahmen zum wirksameren Schutz des geistigen Eigentums. Produktfälschung und Markenpiraterie sind insbesondere für die innovativen Industrien in Deutschland einen Riesenproblem. Dieses Thema gewinnt – das merken wir – auch in den Schwellenländern an Bedeutung.

Drittes Thema: grenzüberschreitende Investitionen. Grenzüberschreitende Investitionen sind eine zentrale An-

triebskraft für Wachstum und mehr Beschäftigung. Dabei gewinnen alle Beteiligten, und die Weltwirtschaft hat stets davon profitiert, dass ausländische Direktinvestitionen in der Regel willkommen sind.

Viertes Thema: die soziale Gestaltung der Globalisierung. Hier haben wir eine große Verantwortung. Offene Märkte brauchen soziale Teilhabe und politische Akzeptanz. Ich danke Vizekanzler Franz Müntefering, dass er sich insbesondere dieses Themas ganz intensiv angenommen hat. Vom Gipfel in Heiligendamm soll ein starkes Signal für die Beachtung und Verbreitung sozialer Standards ausgehen: der ILO-Kernarbeitsnorm, der OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen und des UN Global Compact für verantwortungsvolle Unternehmensführung.

Fünftes Thema: der Klimaschutz. Er ist ohne Zweifel eine Herausforderung für die gesamte Menschheit; wir haben oft darüber diskutiert. Wir müssen die Treibhausgasemissionen deutlich und zügig verringern, um die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Sechstes Thema: die Liberalisierung des Welthandels. Hier stehen wir vor wichtigen Weichenstellungen. Deutschland hat sich von Anfang an mit allem Nachdruck für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde eingesetzt. Ich gehe trotz des inzwischen sehr klein gewordenen Zeitrahmens nach wie vor davon aus, dass bei den Verhandlungen ein Durchbruch möglich ist. Das heißt aber, dass alle Beteiligten ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. Das tun sie, wenn sie mehr Flexibilität zeigen und Kompromisse zum Abbau von Handelshemmnissen und zum Wohle gerade auch der ärmsten Länder auf dieser Welt eingehen.

Siebtes Thema: die Zukunft Afrikas. Wir wollen die Reformpartnerschaft mit Afrika fortsetzen und ausbauen. Die afrikanischen Staats- und Regierungschefs der fünf NEPAD-Gründerstaaten sowie der Präsident der Afrikanischen Union, der ghanaische Staatspräsident, werden am 8. Juni 2007 in Heiligendamm dabei sein. Wir wollen als G 8 die Unterstützung für die Länder Afrikas betonen, die Verantwortung übernehmen und Reformen vorantreiben. Meine Damen und Herren, ich glaube, uns allen ist klar, dass es in unserem eigenen Interesse an einer stabilen Weltordnung liegt, dass der afrikanische Kontinent wirtschaftlich und politisch nachhaltige Fortschritte macht.

Gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs der G-8-Länder und der wichtigsten Schwellenländer wollen wir der Globalisierung ein menschliches Gesicht geben. Dazu wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung setzen, und wir wollen Lösungen für die großen gemeinsamen Herausforderun-

gen der Menschheit wie den Klimaschutz und die Zukunft Afrikas finden.

Wachstum und Verantwortung: Das ist die große Chance der deutschen G-8-Präsidentschaft. Wir danken allen, die daran mitarbeiten, dass aus dieser Chance auch eine Realität wird: den Organisationen, den Mitgliedern dieses Parlaments und den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine zukunftsfähige, menschliche Welt engagieren.

Herzlichen Dank.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Frau Bundeskanzlerin, zunächst einmal möchte ich mich an Sie wenden: Wir, die liberale Opposition, wünschen Ihnen bei Ihrer Präsidentschaft bei dem G-8-Gipfel Erfolg im Interesse der Sache, Erfolg im Interesse unseres Landes. Es ist im überparteilichen Interesse, dass der G-8-Gipfel hier in Deutschland, in Heiligendamm, insgesamt ein Erfolg wird. Wir sind der Überzeugung, dass es vor allen Dingen richtig ist, bei dem G-8-Gipfel in Heiligendamm die Chancen der Globalisierung zu nutzen und zu unterstreichen; denn wer immer nur über die Risiken der Globalisierung redet, verpasst auch alle Chancen.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Frau Bundeskanzlerin, Sie wissen, ich versuche immer, zu differenzieren. (Lachen bei der CDU/CSU) – Warten sie doch ab. – G 8 ist immer noch besser als G 1, denn G 1 hieße, dass die USA ganz allein, ohne sich überhaupt mit jemandem zu unterhalten, alles entschieden, was auf der Welt passiert. Das wollen wir nun auf gar keinen Fall.

Ich füge aber hinzu: G 8 ist nicht legitimiert. G 8 spielt sich als Weltregierung auf. Es gibt keinen einzigen Beschluss der Organisation der Vereinten Nationen, der das legitimiert.

Sie reden dort über Afrika; sie reden über Lateinamerika. Aber am G-8-Gipfel ist kein einziges afrikanisches Land beteiligt; es ist kein einziges lateinamerikanisches Land beteiligt. Große Teile der Welt sind ausgelassen. So kann man nicht demokratisch legitimiert Weltpolitik machen.

Es stimmt, entscheidend ist der Inhalt. Darauf haben Sie auch verwiesen. Worüber wird diskutiert? Es wird zum Beispiel darüber diskutiert, dass China mehr exportiert als importiert. Das stört die USA, das stört die EU, und das stört Japan. Es ist interessant, dass dies auch Deutschland stört. Wenn es ein Land gibt, das deutlich mehr exportiert als importiert, dann ist das Deutschland. Wieso erlauben wir das gerade den Chinesen nicht? Ich kann das nicht begreifen.

Dann soll es um Klimaschutz gehen. Da sind wir uns einig, hier muss weltweit etwas passieren. Da haben Sie recht, Frau Bundeskanzlerin. Ich weiß

auch, dass Sie sich diesbezüglich engagieren. Es wäre aber ehrlich, wenn Sie hier sagten, die USA werden dem Kyotoabkommen auch nach diesem Gipfel nicht beitreten. Da sie das nicht machen, kommen wir diesbezüglich nicht weiter. Präsident Bush wird Ihnen jovial auf die Schulter klopfen. Das ist alles, was passt.

Das Problem beim G-8-Gipfel ist, dass es nicht um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung geht.

Worüber könnte man beim G-8-Gipfel zum Beispiel sprechen? Ich meine, über die Tobin-Steuer. Wenn Sie politischen Einfluss auf die Weltwirtschaft nehmen wollen, dann bedarf es einer Börsenumsatzsteuer. Sie müssen doch die Dinge lenken. Sie akzeptieren einfach das Prinzip der Wirtschaft über die Politik, statt das Prinzip der Politik über die Wirtschaft wiederherzustellen.

Worüber sollten Sie reden? Sie könnten über die Beendigung der Kriege im Irak und in Afghanistan reden. Krieg ist die Höchstform von Terror, und mit der Höchstform von Terror kann man Terror niemals wirksam bekämpfen. Das beweisen Afghanistan und der Irak.

Sie könnten und sollten auch über Rüstung reden. Jährlich wird für Rüstung auf der Erde ein Betrag von 1 Billion US-Dollar ausgegeben. 75 Prozent dieser Kosten tragen die acht Staaten, die sich zum Gipfel treffen.

Es geht bei diesem G-8-Gipfel leider um die Durchsetzung einseitiger wirtschaftlicher und politischer Interessen der Industriegesellschaften. Es ist deshalb legitim, dagegen zu demonstrieren.

Claudia Roth (B 90/Die Grünen):

Als ich vor zwei Tagen in Heiligendamm an dem kilometerlangen, einbetonierten und mit Stacheldraht bewehrten Zaun stand, habe ich mich gefragt: Ist das ein starker Staat, der sich so aufrüstet? Ist das ein starker Staat, der Politik hinter einem solchen Zaun verbarrikadiert und sich vor den Bürgern, die die Konsequenzen der Politik tragen, verstecken muss? Ich habe mich gefragt, woran unsere Demokratie lebt und was der Unterschied unseres Rechtsstaats zu einer prügelnden, gelenkten Demokratie eines Wladimir Putin ist. Das sind doch Transparenz, Partizipation und Einmischung. Eine starke Demokratie lebt von Bewegung, von Protest, von Kritik, von Widerstand, von Widerspruch, von Zivilcourage und auch von zivilem Ungehorsam. Sie lebt davon, dass gerade in Gipfelseiten Grundrechte nicht zur Disposition gestellt werden und das Recht nicht entrichtet wird.

Wir wollen, dass Sie, Frau Merkel, und Ihre Gäste die berechtigte Kritik an einer ungerechten Globalisierung hören, wir wollen, dass Sie und Ihre Gäste das hören, was so viele von den acht größten Klimasündern wollen, die in Heiligendamm an einem Tisch sitzen.

Weiter mit dem EU-Beitritt oder zurück zum Polizeistaat vor den Toren Europas?

Am 22. Juli wird in der Türkei das Parlament neu gewählt. Umstritten ist noch, ob gleichzeitig auch der Staatspräsident gewählt wird.

Am 25. Mai hatte der amtierende Staatspräsident Sezer eine von der regierenden islamischen AKP-Partei betriebene Verfassungsänderung, die die Direktwahl des Staatspräsidenten einführen soll, zurückgewiesen. Das noch amtierende Parlament kann nun mit einem neuen Zweidrittel-Beschluss die Verfassungsänderung erneut beschließen (wurde am 28. Mai auch nach Tumulten beschlossen, d. Red.). Dann kann Sezer diese nur noch blockieren, indem er eine Volksabstimmung anordnet.

Bereits in Kraft ist dagegen eine Änderung des Wahlrechts, die die AKP zusammen mit der sonst heftig opponierenden kemalistischen Opposition im Schnellgang durch das Parlament ge-

meist nur über die türkische Staatskrise im Kontext der Präsidentschaftswahl und über die kemalistisch gelenkten Demonstrationen für die Beibehaltung des Laizismus in der Türkei berichtet. Tatsächlich waren die Demonstrationen groß. Eine Verschiebung der Wählerstimme scheinen sie aber nicht auszudrücken. In der „Berliner Zeitung“ vom 26. Mai berichtet ein Korrespondent, die aktuellen Umfragen sagten der AKP sogar eine Erhöhung ihrer Stimmenzahl von 34% bei den letzten Wahlen 2002 auf nun 38% voraus. Die beiden kemalistischen Parteien CHP (Republikanische Volkspartei) unter Deniz Baykal und DSP (Demokratische Linkspartei) unter Zeki Sezer, die sich zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen haben, haben dagegen wenig Hoffnung, ihre Stimmenzahl gegenüber 2002 (damals gewann die CHP 19%) zu steigern. Zudem ist offen, für welche Po-



Die Zahl bei den Kemalisten-Demonstrationen sagt nichts über mögliche Wahlergebnisse.

peitscht hatte und die unabhängige Kandidaturen erschwert. Alle unabhängigen Kandidaten müssen nun auf einem Wahlzettel zusammen aufgeführt werden. Anlass dafür war die Ankündigung der prokurdischen Demokratie-Partei DTP, sie wolle, um die Zehn-Prozent-Hürde zum Parlament zu überwinden, mit unabhängigen Kandidaturen in den kurdischen Gebieten antreten. Die DTP machte sich so Hoffnung auf bis zu 20 Sitze im künftigen Parlament. Welche Folgen die Wahlrechtsänderung haben wird, bleibt abzuwarten. Eins jedenfalls hat sie schon gezeigt: Wenn es um die Unterdrückung kurdischer Kandidaturen geht, sind sich die sonst heftig streitenden Kemalisten und die AKP sofort einig.

AKP führt in den Umfragen

In den hiesigen Medien wurde bisher

politik das angebliche „Linksbündnis“ wirklich steht. Die CHP gehört zwar der sozialistischen Internationale an, ihr Chef Baykal hat aber die jüngsten Putschdrohungen der Militärs verteidigt und jede Liberalisierung des türkischen Gesinnungsstrafrechts abgelehnt. Zudem agiert Baykal ebenso wie die DSP offen antieuropäisch, lehnt weitere Reformen in Richtung EU ebenso ab wie Schritte zur Lösung der Zypernkrise.

Noch weniger Begeisterung scheinen die alten Regimeparteien ANAP und DYP (Partei des rechten Weges) zu wecken, die in den 80er und frühen 90er Jahren die Regierung in Ankara stellten und nun auch ein Wahlbündnis gebildet haben. Beide Parteien zusammen kommen in Umfragen nur auf 8 Prozent. Die faschistischen Grauen Wölfe, die MHP, 2002 noch mit 8,3 Prozent drittstärkste

KKK dementiert Beteiligung an Bombenanschlag

Mit einer schriftlichen Erklärung hat der Exekutivrat der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans, KKK jegliche Beteiligung an dem Selbstmordanschlag in Ankara am 22. Mai zurückgewiesen: „Wir haben die Entwicklungen um den Bombenanschlag in Ankara-Ulus, bei dem sechs Menschen ums Leben gekommen sind und über hundert Menschen verletzt wurden, in den Medien verfolgt. Als Freiheitsbewegung Kurdistans erklären wir, dass wir mit diesem Anschlag nichts zu tun haben und diese Aktionsform nicht befürworten. Wir sprechen den Angehörigen der Toten unser Beileid aus und wünschen den Verletzten baldige Besse rung.“

Weiter heißt es in der Erklärung: „Noch bevor sich der Rauch der Explosion verzogen hatte, sind Generalstabschef Yasar Büyükanıt, der Ministerpräsident und Deniz Baykal am Ort des Anschlags aufgetaucht und haben Verlautbarungen abgegeben, demnach die Schuld dieses Anschlags unserer Bewegung zugeschoben wird. Danach haben die Medien die Anschuldigungen – ohne dass der geringste Beleg vorliegt – aufgegriffen und damit die ethischen Grundwerte und Prinzipien der Medienwelt mit Füßen getreten. Es heißt „dieser Angriff richtet sich gegen die Nation“; damit verwenden sie einen provokativen Sprachgebrauch, mit dem die Feindschaft zwischen den Völkern angestachelt wird. Die Verlautbarungen der Medien und einiger offizieller Sprecher bestehen aus Verdrehungen, Lügen und Provokationen. Wir weisen diese Anschuldigungen zurück, die darauf ausgelegt sind, die vom Generalstab in der Türkei angeführte [...] rassistisch-chauvinistische Welle und die kurdenfeindliche Massenpsychologie zu vertiefen.“

Zu den möglichen Hintergründen des Anschlags erklärt die KKK: „... Hinter den von den Medien und vom Generalstab in Umlauf gebrachten Verlautbarungen, mit denen sie unsere Bewegung mit dem Vorfall in Verbindung bringen, obwohl nicht der geringste Hinweis für eine Urheberschaft vorliegt, steckt eine bestimmte Absicht. Sie sind darauf ausgerichtet, eine Grundlage für kommende Anschläge und Massaker gegen unsere Bewegung und unser Volk im Rahmen eines Schritt für Schritt entstehenden totalen Krieges zu schaffen.“

(Quelle: ANF, 23.5.2007, ISKU, gekürzt)

Partei, kommt zur Zeit auf sechs bis sieben Prozent.

AKP = Wirtschaftswachstum + autoritäre Modernisierung?

Die islamische AKP scheint bei vielen Wählern so etwas wie der Garant für weiteres wirtschaftliches Wachstum und die Fortsetzung des EU-Beitrittsprozesses zu sein. Während der Anfangsphase des Konflikts um den künftigen Staatspräsidenten zeigten Fernsehsender eine Veranstaltung, auf der AKP-Regierungschef Erdogan zunächst seinen Außenminister, den liberalen Gül, als Kandidaten für die Nachfolge von Staatspräsident Sezer vorschlug. Danach kündigte er an, seine Regierung werde das wirtschaftliche Wachstum weiter beschleunigen. Dann folgte sinngemäß zum Thema EU: „Wenn sich unsere Wirtschaftskraft in zehn, zwölf Jahren verdreifacht hat, wer will uns dann aufhalten?“ Brüllender Beifall der versammelten AKP-Politiker, Bürokraten und Geschäftsleute war die Antwort.

Tatsächlich ist es der AKP gelungen, das Land nach den zahllosen Krisen der vergangenen Jahrzehnte politisch zu stabilisieren und massives Kapital –

arabische Investoren, russisches Geld, europäische und US-amerikanische Konzerne, Unternehmen aus Korea, Japan, China – ins Land zu locken. Ein deutliches Wirtschaftswachstum und eine Verdoppelung der durchschnittlichen Einkommen während der ersten Amtszeit von Erdogan war die Folge. Ein autoritär gelenkten Wirtschaftsboom à la Korea hatten jahrzehntelang auch die Kemalisten herbeigesehn, aber nie erreicht. Nun setzt ihn die gemäßigt islamische AKP um, und ein Großteil der Wähler zieht eine solche Politik offensichtlich einem Rückfall in das Chaos und die Korruption vergangener kemalistischer Regierungen vor.

Vor die Alternative gestellt, Fortsetzung des EU-Beitrittsprozesses oder Rückkehr zum Polizeistaat vor den Toren Europas, steht die islamische AKP so in den Augen vieler Wähler als Garant für weiteres wirtschaftliches Wachstum und für eine nach Europa strebende Türkei.

Genau hier lauern aber auch die Risiken. Denn mit Sarkozy ist in Frankreich ein Staatspräsident ins Amt gekommen, der die Verhinderung eines EU-Beitritts der Türkei ebenso wie Merkel auf seine Fahnen geschrieben hat. Diese Ableh-

DTP: Im Westen Koalitionen mit linken Parteien

Auf einer zweitägigen Versammlung zur Festlegung ihrer Wahlstrategie hat die DTP neben der Aufstellung parteiunabhängiger Kandidaten zur Vermeidung eines Scheiterns an der Zehn-Prozent-Hürde beschlossen, in der Westtürkei unabhängige Koalitionen mit linken Parteien wie EMEP und SDP zu schließen. In den kurdischen Provinzen hingegen wird auf eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien ganz verzichtet werden. Diskutiert worden war eine solche u.a. mit den kurdischen Parteien KADEP und HAK-Par, abgelehnt wurde sie aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten. Mit der Aufstellung unabhängiger Kandidaten wird angestrebt, die Zehn-Prozent-Hürde zu umgehen und im Parlament eine Gruppe zu bilden.

(Quelle: ANF, 10.5.2007, ISKU)

nung eines türkischen Beitritts mag sich tarnen, wie sie will, sie dokumentiert im Grundsatz Miefigkeit, Kleingeist, Feigheit, Borniertheit und nationalistische und religiöse Intoleranz. Trotzdem ist nicht ausgeschlossen, dass von dieser Seite aus noch massiv in den türkischen Wahlkampf eingegriffen wird. Sicher nicht zugunsten der Kurden. Aber zugunsten der Militärs, die ohnehin nur darauf warten, grünes Licht aus Washington oder Brüssel für einen neuen Putsch zu bekommen, und zugunsten der mit dem Militär verbundenen alten kemalistischen Elite.

Die Kurden

Die kurdische Bevölkerung scheint derzeit das Opfer beider Seiten, der AKP wie der Kemalisten. Aber das muss nicht so bleiben. Die Drohungen des türkischen Militärs mit einer Intervention im kurdischen Nordirak halten zwar an. Aber kurdische Politiker kolportieren hinter vorgehaltener Hand, die USA würden selbst bei einem Abzug aus dem Irak eine große Garnison im irakischen Kurdengebiet behalten. Diese „Schutzmacht“-Funktion für die irakischen Kurden, verbunden mit dem Zugang zu den Ölquellen von Kirkuk, werden sich die USA vom türkischen Militär nicht kaputt machen lassen.

Ob das der kurdischen Bevölkerung in der Türkei hilft, bleibt abzuwarten. Aber wenn es der DTP gelingt, trotz massiver Wahlbehinderung am Ende mit mehreren Abgeordneten in das neu gewählte Parlament in Ankara einzuziehen, werden die Karten neu gemischt. Eine Unterstützung der kurdischen Kandidaturen, beispielsweise durch Wahlbeobachter/innen aus Bundestag und Europaparlament, wäre deshalb hilfreich.

Staatspolitik gegen DTP

Die Repression gegen die DTP im Vorfeld der Parlamentswahlen in der Türkei am 22. Juli reißt nicht ab. Wie die Partei mitteilte, sind seit dem 15. Februar 398 DTP-Mitglieder verhaftet worden, davon elf Vorsitzende der Provinzverbände. Gegenüber hundert weitere laufen Strafverfahren.

Auch über die Verhaftungen hinaus wird alles getan, um den Einzug kurdischer Abgeordneter ins Parlament zu verhindern. Nachdem die DTP kundgetan hatte, mit unabhängigen Kandidaten in die Wahlen zu gehen, da die Partei trotz der Repression eine Lösung der bestehenden Probleme in Ankara suchte und die Arbeit des Parlaments für wichtig halte, wurde mit Blitzgeschwindigkeit und großer Einigkeit ein Gesetz verabschiedet, wonach künftig unabhängige Kandidaten auf einem gemeinsamen Wahlzettel aufgeführt werden sollen. Damit soll das Finden der jeweiligen Kandidaten auf dem Wahlzettel erschwert werden. Das Gesetz wurde inzwischen von Staatspräsident Sezer unterzeichnet.

Gleich darauf entschied der Revisionsgerichtshof in Ankara, 120 Personen müsse die Mitgliedschaft in der DTP aufgrund von Vorstrafen entzogen werden. Mit diesem Schritt sollte insbesondere eine Kandidatur der ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Selim Sadak und Orhan Dogan verhindert werden.

Wie der Wahlkampfkoordinator der DTP Osman Özcelik mitteilte, seien diese Vorstöße vor allem darauf angelegt, zu verhindern, dass über zwanzig unabhängige kurdische Kandidaten ins Parlament gewählt würden, womit sie die Möglichkeit erhielten, eine Gruppe zu gründen und an der „legislatischen Arbeit teilzuhaben“, wie Özcelik sich ausdrückte.

Unterstützung erhält der Versuch, kurdische Kandidaten dem Parlament fernzuhalten, auch aus Militärcräften. So wurde jetzt bekannt, dass über falsche Meldeadressen ungefähr 13.000 Soldaten auf die Wählerlisten in Sirnak und Hakkari gesetzt wurden. Gesetzlich verfügen diese nicht über das Wahlrecht in diesen Regionen, da sie nur vorübergehend dort stationiert sind. Ein Teil der Soldaten soll als Offiziere in den Wählerlisten aufgeführt werden sein, wodurch das Wahlrecht ermöglicht wird. Weiterhin wurden Ortsvorsteher, die für die Registrierung von Meldeadressen verantwortlich sind, von Militärs unter Druck gesetzt. Wie ein Ortsvorsteher, der anonym bleiben wollte, mitteilte, wurde der Hohe Wahlausschuss von den Vorgängen informiert.

Kamuran Yüksel vom DTP-Vorstand erklärte dazu, man untersuche die Vorfälle und werde Anzeige erstatten. Laut Yüksel bestehen 30 Prozent der Bevölkerung in Sirnak und Hakkari aus Militärs.

(Quelle: ÖP, 22.5.2007, ISKU)



7000 Menschen demonstrierten am 23. Mai in New York unter der Losung „New York ist unser Zuhause“ für bezahlbares Wohnen und gegen die Vertreibung von Mieter mit mittlerem und geringem Einkommen. Aufgerufen hatten über 90 Stadtteil- und Mieterinitiativen sowie einige Mitglieder des Stadtrats. Anlass und Hintergrund der Demonstration ist der Verkauf der beiden Siedlungen Stuyvesant Town und Peter Cooper Village, ein Komplex von 110 Mietshäusern mit 11.232 Wohnungen, den letzten Refugien der Mittelklasse im Hochpreis-Bezirk Manhattan. In den vor 60 Jahren errichteten Siedlungen fanden Generationen von New Yorker Lehrern, Krankenschwestern, Polizisten usw. eine halbwegs bezahlbare Unterkunft. Seit die Wohnungen im Herbst letzten Jahres an den Immobilienmogul Speyer verkauft wurden, ist eingetreten, was Stadträte und Mieterinitiativen befürchtet hatten. Die Mieten, die zuvor bei 70% der Wohnungen unter die Regelung zur so genannten Mietkontrolle fielen – dadurch waren Mieterhöhungen nur unter genau festgelegten Bedingungen möglich –, explodieren. Die Initiativen der betroffenen Mieter schlossen sich mit ähnlichen Initiativen aus New York zusammen und organisierten die Demonstration. Ein Anliegen der Kampagne für bezahlbares Wohnen ist die Ausweitung der Mieterschutzgesetzgebung New Yorks auf Mieter mit geringem Einkommen, die oft zwischen 50 und 70% ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen. (Quelle und Bild: <http://newyorkisourhome.blogspot.com/>)

Anhörung im Fall Mumia Abu-Jamal – jetzt entscheidet das Gericht

Am 17. Mai fand vor dem 3. Bundesberufungsgericht in Philadelphia die mündliche Anhörung im Fall Mumia Abu-Jamal statt. In den nächsten Wochen entscheiden die Richter über Leben und Tod des Journalisten und politischen Aktivisten, der seit 25 Jahren in der Todeszelle sitzt. Sie entscheiden, ob sie die von der Verteidigung Abu-Jamals beanstandeten Punkte zur Revision zulassen und damit ein neues Verfahren in Gang setzen; oder ob sie die Todesstrafe in lebenslänglich umwandeln; oder, auch das ist nicht ausgeschlossen, ob sie die Hinrichtung anordnen. Rechtsanwalt Bryan äußerte sich naturgemäß vorsichtig über die Anhörung, an der Mumia selbst nicht teilnehmen durfte. Doch wertete er Äußerungen der Richter als Indiz dafür, dass sie zumindest gegenüber einem der vorgetragenen Revisionsgründen, den offenkundigen Rassismus in früheren Verfahren, aufgeschlossen sind. Positiv bewertete Bryan auch die Tatsache, dass ungewöhnlicherweise auch eine Vertreterin der schwarzen

Bürgerrechtsorganisation NAACP angehört wurde. Die Staatsanwaltschaft hingegen dringt auf die Vollstreckung des Todesurteils. 250 Zuhörer folgten der Anhörung, je zur Hälfte Unterstützer Mumias und Verfechter der Hinrichtung Abu-Jamals, vor allem aus der reaktionären Polizeigewerkschaft FOP. Einige hundert Menschen demonstrierten in Philadelphia ihre Solidarität mit Mumia (Bild: Indymedia USA; Quelle: ND und jW)



Wahlen in Algerien: Keine Aussicht auf ein Ende der Stagnation

Nur 35,5% der knapp 19 Mio. Wahlberechtigten nahmen am 18. Mai an den Parlamentswahlen in Algerien teil, über 10% weniger als 2002. In der Haupt-

stadt Algier wählten sogar nur 18,4%. Sowohl islamistische Parteien wie auch die linkssozialistische Berber-Partei FFS hatten zum Wahlboykott aufgerufen. Die drei Regierungsparteien errangen zusammen 249 der 389 Parlamentssitze, 31 weniger als bisher. Die ehemalige Einheitspartei FLN verfehlte die absolute Mehrheit und verlor 63 Mandate. Erstmals wurde die trotzkistische Arbeiterpartei PT mit 26 Abgeordneten stärkste Oppositionspartei. Die niedrige Wahlbeteiligung wird von Beobachtern als Indiz dafür gewertet, dass die Mehrheit der Bevölkerung keine Hoffnung auf einen Wandel und ein Ende der sozialen und politischen Stagnation hat. Durch die Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasgeschäft schwimmt das Land einerseits geradezu im Geld, doch die soziale Situation einer großen Mehrheit, vor allem der Generation unter 30, ist anhaltend schlecht. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, ebenso die Wohnungsnott. Die Versprechungen auf Ausbau der Infrastruktur, auf Wohnungsbau und Schaffung von Arbeitsplätzen haben sich im Sande verlaufen. (Quelle: ND, taz, DW)

Irak: Menschenleben immer billiger

Aus der unmittelbaren Umgebung des US-Oberbefehlshabers in Irak, General David Petraeus, wurden laut der Los Angeles Times erneut laute Zweifel geäußert, dass die mit der im Frühjahr gestarteten „Sicherheitsoffensive“ verbundenen Ziele erreicht werden können. In der Tat kann entgegen früheren „Erfolgsmeldungen“ keine Rede davon sein, dass etwa die Zahl der Terror-Opfer in Bagdad rückläufig ist, im Gegenteil. Zwischen dem 1. und dem 22. Mai wurden 321 nicht identifizierte menschliche Körper – Opfer schiitischer und sunnitischer „Milizen“ – in und rund um Bagdad aufgefunden, so viele wie im gesamten Monat Januar. – Seit Kriegsbeginn sind 3.400 US-Soldaten sowie 148 britische Soldaten im Irak ums Leben gekommen. Innerhalb des letzten Jahres stieg vor allem die Zahl der getöteten so genannten „zivilen Mitarbeiter“ der US-Armee sprunghaft; insgesamt kamen 916 ums Leben. Dabei dürfte es sich überwiegend um „Krieger in Zivil“ handeln, d.h. um Angehörige des 126.000 Mann umfassenden Heers privater Söldner, die von den privaten Sicherheitsfirmen wie Blackwater einerseits zwar hoch bezahlt, andererseits aber regelrecht verheizt werden. Jeder Zirkusbesitzer sehe sich mehr Regeln unterworfen als private Söldnerfirmen, meint Peter Singer, Autor eines Buchs über solche privaten Söldnerfirmen. Das gelte sowohl für Übergriffe von Söldnern auf Iraker als auch für einfachste Sicherheitsstandards.

Zusammenstellung: scc

Berlin. Am 21. Mai 2007 protestierten während der Anhörung im Bundestag 500 Menschen gegen die Verschärfungen des Zuwanderungsrechts. In einer Pressemitteilung der Linksfraktion (Ulla Jelpke) heißt es zur Anhörung des Innenausschusses: „Die Sachverständigen haben deutlich gemacht, dass die Umsetzung der Richtlinien im Flüchtlingsschutz ungenügend und lückenhaft ist ... Die Anforderungen der Genfer Flüchtlingskonvention werden unterlaufen, der Zugang zu Flüchtlingsschutz und



subsidiarem Schutz weiter erschwert.“ Die Regelung zum Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge sei zwar im Grundsatz begrüßt worden, es habe aber auch deutliche Kritik gegeben: die Bleiberechtsregelung stelle viel zu hohe Anforderungen, eine langfristige Lösung des Problems der Kettenduldungen werde nicht erreicht. Die Aktionen für ein Bleiberecht gehen weiter bis zum Tag X im Juni, an dem das neue Zuwanderungsgesetz beschlossen werden soll. www.bleiberechtsbuero.de

Demonstrationen gegen die G8-Bildungspolitik

BERLIN. Am 26. Mai 2007 demonstrierten ca. 700 Menschen in Berlin und ca. 1000 in Hamburg gegen die marktorientierte Ausrichtung von Bildung. Die Demos standen unter dem Motto „G8-Bildungspolitik in die Zange nehmen“, zur Teilnahme hatte ein breites Bündnis aufgerufen. Hier ein kurzer Bericht zur Berliner Demo: Die Stimmung auf der Demo war gut. Es gab unter anderem Redebeiträge gegen den Bologna-Prozess, zum Telekomstreik, zur Köpi, zu dem in Griechenland im Knast sitzenden Timo, zu bildungspolitischen Kämpfen in anderen Ländern (Chile, Griechenland, ...), zu BlockG8 und zu den Repressionen gegen die G8-Proteste. Leider fiel das letzte Drittel der Demo-Route quasi ins Wasser. Ein Unwetter (Hagel, Regen usw.) führte zu einem starken Schrumpfen der Demo. Die Polizei fing an zu stressen.

www.freie-bildung-berlin.de

Kampagne: „Eine für Alle, Alle für Eine – Integrative Schule“

DÜSSELDORF. Mitte Mai hat die LandeschülerInnenvertretung NRW (LSV NRW) auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz mit der Verabschiedung einer ausführlichen Resolution den Startschuss zur Kampagne gegeben. Gefordert wird unter anderem die Auflösung des dreigliedrigen Schulsystems und die Einführung einer integrativen Ganztagsschule als Regelschule, die Abschaffung der Ziffernnoten, individuelle Förderung und selbstbestimmtes Lernen als Unterrichtsmaxime.

Mitstreiter sind u.a. die Landeselternkonferenz NRW, die DGB Jugend NRW, die Jusos NRW, die Jungen Grüne NRW, solid NRW, SDAJ NRW, SJD – Die Falken NRW, die JungdemokratInnen – Junge Linke NRW sowie die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Den Schlusspunkt soll eine Schülerdemonstration in Düsseldorf am 12.6.07 mit anschließendem Open-Air-Konzert bilden, zu der mehr als 2.000 SchülerInnen erwartet werden. www.lsvnw.de

Klares Nein zur dritten Startbahn

MÜNCHEN. Am 12. Mai 2007 fand in München eine Demonstration gegen die geplante dritte Startbahn des Münchner Flughafens im Erdinger Moos statt. Bei strahlendem Wetter demonstrierten ca. 18.000 Menschen auf dem Münchner Odeonsplatz. Sie machten deutlich, dass sie keinen weiteren Ausbau des Münchner Flughafens zulassen werden. Das Aktionsbündnis aufgeMUCKt (ein Zusammenschluss von 44 Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen) widerspricht der Kampagne der Flughafen München GmbH: „Wir erkennen nicht, dass einige Kommunen Flughafengewinner sind und von dem Flughafen überdurchschnittlich profitieren. Der weitaus größere Teil hat aber mit Pro-



blemen zu kämpfen. In vielen Gemeinden stehen Gewerbeplätze leer und verursachen Kosten statt Gewerbesteuern. Bisher bleiben die Gemeinden auf den Kosten für fehlende Infrastrukturmaßnahmen, Schulen, Kindergärten, öffentlicher Personennahverkehr etc., sitzen und die Flughafen GmbH stiehlt sich hier aus der Verantwortung. Es wird verschwiegen, dass diese Region auch vor Inbetriebnahme die geringste Arbeitslosequote Bayerns hatte und dass die Beschäftigungszahl im Flughafen kontinuierlich sinkt. Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich, Teilzeitbeschäftigte auf 400 Euro-Basis schaffen sozialen Sprengstoff und machen eine vernünftiges Leben in der Region schwierig.“

www.keine-startbahn3.de

Gegen Dezentralisierungspläne beim Arbeitslosengeld II

OSNABRÜCK. Mit massiver Kritik an den Plänen der Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Teilen der

Bundestagsfraktion Die Linke wie auch der FDP endete am 20. Mai 2007 das Bundes treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) in Osnabrück. Durch diese Pläne sollen die Kommunen mehr Eingriffsmöglichkeiten in das Arbeitslosengeld II erhalten. Außerdem gibt es Forderungen, zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen Zielvereinbarungen abzuschließen und sparsame Kommunen mit einem Bonus-Malus-Systemen zu belohnen. Dies würde zu steigender Rechtsunsicherheit führen.

Eine Ausweitung der Befugnisse der Kommunen wird im Gegensatz zu Forderungen des Deutschen Landkreistages von den Teilnehmern der Tagung eindeutig abgelehnt. Eine individuelle Förderung Erwerbsloser wäre schon heute möglich, wenn die Kommunen die jetzigen Möglichkeiten und Ermessensspielräume ausschöpfen. „Individuelle Förderung und nachhaltige Eingliederung sind nicht durch die Androhung von Sanktionen, sondern nur durch ein Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen möglich“, betont Geiger. www.bag-shi.de

10.000 Unterschriften für ein Sozialticket übergeben

LEIPZIG. „Leipzig braucht ein Sozialticket!“ Mit dieser Forderung übergab die Bürgerinitiative am 16. Mai im Rathaus 10.000 Unterschriften an den Leipziger Oberbürgermeister. In ihrer kurzen Rede wies Petra Weißfuß, Sprecherin der Bürgerinitiative darauf hin, wie sehr die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit einer bezahlbaren Mobilität verbunden ist. Weiterhin beschrieb sie, wie aus einer handvoll Menschen, die die Bürgerinitiative im November 2006 gegründet haben inzwischen eine breite Bewegung entstanden ist, der unterdessen über sechzig Leipziger Vereine, Verbände, politische Organisationen und Einzelbürger angehören.

Neben den 10.000 Unterschriften der Leipziger Bürger fand die Erklärung Sebastians Krumbiegels von den Prinzen für ein Sozialticket große Beachtung. Dieser Erklärung Krumbiegels

sind seit dem 1. Mai bisher 60 Prominente per Unterschrift beigetreten, darunter viele Kulturschaffende der Stadt Leipzig.

www.sozialticket-leipzig.de

28. Mai: Aktionskonferenz der Friedensbewegung

BERLIN. Die Kampagne zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan will die Friedensbewegung bis zum September ausweiten. Daher lädt sie für Pfingstmontag, den 28. Mai in Berlin zu einer Aktionskonferenz ein. Informiert und diskutiert werden soll 1) über die aktuelle Lage in Afghanistan und das Mandat der Bundeswehr (es sind streng genommen drei Mandate: ISAF seit 2001, Enduring Freedom seit 2001, Tornado-Einsatz seit 2007), 2) die parlamentarische und öffentliche Diskussion zum Thema seit dem Tornado-Beschluss und seit dem Tod der drei Bundeswehrsoldaten am Samstag, 3) Konturen eines Aktionsplans bis zu den Beratungen über die Verlängerung der verschiedenen Mandate im September, 4) das Für und Wider einer bundesweiten Aktion/Demonstration/Kundgebung im September in Berlin.

www.uni-kassel.de/fb5/frieden

Kunst gegen Landminen

BERLIN. Das Künstlerehepaar Riegamer und zwei ihrer Söhne unterstützen aktiv und „mobil“ die Unterschriftenaktion „1 Millionen Unterschriften gegen Landminen und Streumunition“ vom Aktionsbündnis Landmine.de. Auf der diesjährigen McPlanet-Veranstaltung an der TU-Berlin (4.-6.05.2007) startete das Familienprojekt „Kunst gegen Landminen“. Mit ihrer mobilen Kunstinstallation wird die Familie Riegamer aus Hamburg von Mai bis Oktober quer durch die Republik reisen und an ausgewählten Orten (u.a. in Rostock im Vorfeld des G8-Gipfeltreffens und auf der Documenta in Kassel) ihre Unterschriftenkampagne weiterführen.



www.landmine.de

Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

BERLIN. „Der Einsatz von Minderjährigen in bewaffneten Konflikten muss ebenso aufhören wie die Zwangsrekrutierung von über 18-Jährigen“, fordern das Kriegsdienstverweigerernetzwerk Connection e.V., die Zentralstelle KDV (Zentralstelle für Recht und Schutz der

Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V.), sowie die Kinderhilfsorganisation terre des hommes aus Anlass des 15. Mai, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung. Gerade bei bewaffneten Konflikten wie in der Türkei oder in Kolumbien sei die Verwirklichung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung ein Beitrag, den Kreislauf der Gewalt zu unterbrechen. In der Türkei wurde zuletzt der Kriegsdienstverweigerer Halil Savda am 12. April 2007 zu einer zweiten Haftstrafe und insgesamt 211/2 Monaten Gefängnis verurteilt, kurz nachdem das Europäische Parlament seine Besorgnis über die Urteile gegen Kriegsdienstverweigerer in der Türkei ausgesprochen und darauf hingewiesen hatte, dass „das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Europäischen Charta der Grundrechte anerkannt ist“. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte es als „unverhältnismäßig“ bezeichnet, dass in der Türkei Kriegsdienstverweigerer wiederholt einberufen, bis zu acht Mal wegen Befehlsverweigerung oder Desertion verurteilt und nicht aus dem Militärdienst entlassen werden. „In Deutschland wird die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern jedoch immer noch nicht als Asylgrund anerkannt“, kritisiert Rudi Friedrich von Connection e.V. „Hier ist eine Änderung erforderlich.“

www.zentralstelle-kdv.de

Internationale Antifa-Demo gegen NPD-Aufmarsch in Schwerin

SCHWERIN. Mit einer antifaschistischen Demonstration unter dem Motto „Gegen Faschismus und Kapitalismus – Für eine Welt ohne Grenzen!“ wollen AntifaschistInnen aus dem In- und Ausland am 2. Juni in Schwerin gegen einen rechtsextremen Aufmarsch protestieren. Für diesen Tag hat der wegen schwerer Körperverletzung vorbestrafte NPD-Landesvorsitzende Stefan Köster einen Aufmarsch mit über tausend Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet angemeldet. Anlass der rechtsextremen Großdemonstration ist der G8-Gipfel vom 6.-8. Juni in Heiligendamm. Seit geraumer Zeit versuchen Neonazis auf den Zug der Globalisierungskritischen Bewegung aufzuspringen. Von Seiten der Antifa heißt es: „Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Wir wollen... durch eine entschlossene Demonstration verhindern, dass Nationalisten, Antisemiten und Auschwitzleugner ihren vermeintlichen Antikapitalismus medienwirksam einer breiten Öffentlichkeit darlegen können... Unser Ziel ist es, den antifaschistischen Charakter der Globalisierungskritischen Bewegung herauszustellen und unsere Vorstellungen von einer emanzipatorischen Gesellschaft, in der für rechtes Gedankengut kein Platz ist, auf die Straße zu tragen.“

www.links-lang.de

European Resistance Archive (ERA) jetzt online

FRANKFURT A.M. Anlässlich des Jahrestags der Befreiung vom Nationalsozialismus ist das European Resistance Archive (ERA), www.resistance-archive.org, am 7. Mai 2007 online gegangen. Das Ziel von ERA ist es, die Geschichte der europäischen Widerstandsbewegungen gegen Faschismus und Besatzung während des Zweiten Weltkrieges in einem Online-Archiv lebendig und sichtbar zu halten. Dabei bilden vorerst 20 Videointerviews mit Frauen und Männern, die in sechs europäischen Ländern am antifaschistischen Widerstand auf vielfältige Art und Weise teilgenommen haben, den Kern des Portals. Die DGB-Jugend Hessen ist Projektpartnerin in diesem internationalen Projekt. Neben den Interviews können die Nutzer der Website auf Kartenmaterial, Bilder, Dokumente, wissenschaftliche Texte über die spezifische Situation in den einzelnen Ländern und auf die Transkriptionen und Übersetzungen aller Interviews zurückgreifen. ERA entstand in den letzten neun Monaten aus der Zusammenarbeit von Partnern in Polen (Karta Warszawa), Slowenien (Institut Za Novejso Zgodovino), Frankreich (CEMEA), Österreich (Plattform GrünAlternative Jugend, Italien (Istoreco, Landkreis Reggio Emilia) und Deutschland (DGB Jugend Hessen, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration Berlin). Vor allem aufgrund der umfangreichen Förderung der Europäischen Kommission konnte das Projekt in dieser Form realisiert werden.

www.hessen.dgb.de

All die Textilschnäppchen – nur recht und billig?

SIEGBURG. Der größte deutsche und europäische Discounter Aldi verkauft Textilschnäppchen zu einem hohen Preis: In seiner im Mai 2007 erschienenen Studie weist das SÜDWIND-Institut nach, dass bei chinesischen und indonesischen Aldi-Zulieferern Arbeitsrechte in bisher kaum bekannten Ausmaß verletzt werden. Ingeborg Wick, Autorin der Studie, fordert daher eine sofortige Änderung der Beschaffungspolitik des Konzerns, nicht zuletzt durch staatliche Rahmenbedingungen.

All die Textilschnäppchen – nur recht und billig? Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien. Aktionsvorschläge für VerbraucherInnen und GewerkschafterInnen, von Ingeborg Wick, hg. SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene, Siegburg 2007. 96 S., 5 Euro + Versand. Die Studie wurde finanziell gefördert von der NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung.

www.saubere-kleidung.de

Michael Moos: „Kein Schuldenabbau auf Kosten der Stadt, der

Am 15. Mai hat die Mehrheit des Freiburger Gemeinderats (CDU und Grüne) den Doppelhaushalt für 2007/2008 verabschiedet. Damit wird die Grundsteuer um 10 Prozentpunkte erhöht und ein „Entschuldungsplan“ tritt in Kraft mit Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich. Gegen diese Kürzungen waren die Gemeinderäte der SPD und der Unabhängigen Listen. Wir dokumentieren die Haushaltsrede von Michael Moos, Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Listen, die er am 15. Mai hielt.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, in welcher Zukunft wollen wir leben? Unser Theater stellt nicht die Frage, in welcher Zukunft können wir leben oder welche Zukunft erlaubt uns unser Haushalt, sondern regt uns an, offen nach der Welt zu fragen, in der wir, unsere Kinder, unsere Enkel leben wollen. In Freiburg haben wir auf der politischen Ebene schon viel zu lange die Diskussionen um die Visionen unserer Stadt von morgen und übermorgen vernachlässigt.

Der Gemeinderat hat am 1.8.2006 die *Aalborg Commitments* unterzeichnet, in denen es heißt: „Wir stehen vor überwältigenden Herausforderungen: Arbeitsplätze in einer wissensorientierten Volkswirtschaft zu schaffen, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, effektiven Schutz unserer Umwelt sicherzustellen, auf demographische Veränderungen zu reagieren und mit kultureller Vielfalt umzugehen ebenso wie Konflikte zu verhindern und Frieden in vormals kriegerisch verfeindeten Städten und Gemeinden nachhaltig zu sichern“.

Wir alle haben zugestimmt, innerhalb von 24 Monaten nach der Unterzeichnung individuelle lokale Ziele nebst Zeitrahmen festzulegen. Der Haushaltsplan dokumentiert, dass wir davon noch weit entfernt sind.

Einen Teil dieses Zielsetzungsprozesses haben viele BürgerInnen mit uns in Gang gesetzt um den neuen Flächennutzungsplan. Eine andere wichtige Diskussion wurde begonnen im Zusammenhang mit den Kulturleitlinien. Auch hier waren es mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger, die über Monate hinweg in intensiver Arbeit eine Konzeption entwickelt haben, auf der in den nächsten Jahren aufgebaut werden kann. So bestand unter allen Bürgern Einvernehmen darüber, dass bei einer Stadt, die zu rund einem Viertel aus Menschen mit Migrationshintergrund besteht, die interkulturelle Kulturarbeit von herausragender Bedeutung ist. Dies umzusetzen kann aber nicht auf den MigrantInnenbeirat abgeschoben werden. Der Gemeinderat muss sich darüber Gedanken machen, ob und wie er Initiativen für ein Haus der Kulturen

oder andere Möglichkeiten interkultureller Arbeit unterstützt, das gilt auch für die Kulturarbeit im Stadtteil. Seitens des Stadttheaters gibt es bereits hervorragende Projekte, z.B. mit Jugendlichen in Weingarten und LandwasserTheater zu machen oder mit dem Orbit Diskussionen vor Ort im Stadtteil in Gang zu setzen. Im Gemeinderat aber hat man oft das Gefühl, z.B. wie hier Kürzungsanträge gegen das Stadttheater, das Vorderhaus, das Kommunale Kino, den Kunstverein, zur Abstimmung gestellt werden, dass geradezu im Widerspruch zu den Aalborg Commitments und dem Gemeinderatsbeschluss vom 30.1. diesen Jahres zu den Kulturleitlinien der Wert dieser Einrichtungen wie überhaupt von Kunst und Kultur für diese Stadt und ihre Zukunft völlig missachtet wird.

Im sozialen Bereich müssen wir erst noch eine solche Debatte über die Schwerpunkte zukünftiger Sozialpolitik in der Stadt beginnen. Aber einiges ist doch völlig offenkundig. Ein beträchtlicher Teil der Freiburger Bevölkerung wird bereits jetzt vom städtischen Leben ausgeschlossen und an die Ränder gedrängt, und dieser Prozess verschärft sich fortlaufend. Anstatt diese Menschen mehr in die Gesellschaft zu holen, ihnen den Zugang zu Bildung, Kultur und Sport zu erleichtern, wird ihnen Ansehen und Würde genommen. Das bleibt nicht ohne langfristige Folgen für das Miteinander in der Stadt, höhere Sozialkosten und steigende Repression sind die Folge. Die vom Runden Tisch Hartz IV geforderte Einführung eines Freiburg-Passes für Menschen mit niedrigem Einkommen entspricht der von den Commitments geforderten aktiven Politik „Maßnahmen zu ergreifen, die Armut zu bekämpfen“. Bei der Verkehrs AG wie der Gemeinderatsmehrheit stoßen wir damit leider noch immer auf taube Ohren.

Mit dem erheblichen Mangel an Betreuungsplätzen für Kinder von 0-3 Jahren verwehren wir vor allem Frauen, die in Bildung und Ausbildung mit den Männern längst gleichgezogen haben, in der Familienphase den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt. Wenn wir seitens der Kommune sicherstellen, dass der jetzige Anteil von Plätzen von 18% auf mindestens 30% bis 2010 angehoben werden kann – wobei nicht sein darf, dass diese Plätze durch Kürzungen von Stadt und Land immer teurer werden –, sorgen wir für eine bessere Vereinbarkeit beider Geschlechter in Beruf und Familie, für die berufliche Zukunft und Existenzsicherung der Frauen und für bessere Einkommensverhältnisse der Familien.

Ebenso wenig kann sich die Stadt ihrer Verantwortung gegenüber suchtkranken Menschen entziehen. Auch hier gilt, dass falsches, verkehrtes Sparen uns alle noch sehr teuer zu stehen kommt. Der Leiter der Arbeiterwohlfahrt in Freiburg, Jack Huttmann, sagte vor wenigen Tagen im Hinblick auf die von der Gemeinderatsmehrheit geplante Zuschusskürzung für die Drogenhilfe DROBS um 30.000 Euro:

„Das hat verheerende Folgen für die gesamte Stadt. Egal, wo wir sparen, die Konsequenz ist Verelendung und Tod von Menschen.“

Oder betrachten wir den Umwelt- und Klimaschutzbereich. In Freiburg besteht ein riesiger Nachholbedarf hinsichtlich der Wärmeisolierung im Altbau. Dies gilt sowohl für die städtischen Gebäude selber als auch für die privaten Immobilien. Der vom Gemeinderat gefasste Beschluss einer Einsparung des CO₂-Ausstoßes in der Stadt um 10% bis 2010, wird bei weitem verfehlt werden. Nur mit intensivsten Anstrengungen im Rahmen eines neugefassten Klimaschutzprogramms der Stadt lassen sich hier wie auch hinsichtlich der zu hohen Feinstaubbelastung Erfolge erzielen.

Diese wenigen Gedanken zu einigen Aspekten unserer Stadt von morgen und übermorgen müssen hier genügen. Die Menschen in der Stadt wollen und sollen selber in verstärktem Maße darüber entscheiden können, in welche Zukunft die Stadt sich entwickelt. Es ist eine der vielen positiven Auswirkungen des erfolgreichen Bürgerentscheids gegen den Verkauf der Stadtbau, dass er den Beteiligungshaushalt auf die Tagsordnung gesetzt hat. 70% der Freiburgerinnen und Freiburger haben in diesem konkreten sehr wichtigen Fall verhindert, dass Schulden der Stadt durch Verkauf der städtischen Wohnungen getilgt werden. Es ist richtig, dass sie baldmöglichst generell mitentscheiden, wenn es darum geht, welche Schwerpunkte wir bei unseren kommunalen Investitionen setzen, aber darüber hinaus auch, wie wir unsere laufenden Einnahmen und Ausgaben, soweit sie nicht durch gesetzliche Vorgaben bestimmt sind, festlegen. Mit einem bloßen Feigenblatt werden sich die Menschen in dieser Stadt nicht zufrieden geben.

Der wachsenden öffentlichen Armut, der inzwischen gigantischen Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden von 1,5 Billionen Euro, steht spiegelbildlich ein zunehmender privater Reichtum, im Bund wie in Freiburg, gegenüber. Die politisch Verantwortlichen werden daran gemessen werden, ob und wie sie sich diesem offenkundigen Gerechtigkeitsproblem stellen. Beantwor-

heute lebenden Generation und zukünftiger Generationen"

ten sie es mit einer rigiden Sparpolitik auf Kosten der wirtschaftlich Schwächeren oder mit einer Finanz- und Steuerpolitik, welche die wirtschaftlich Starken in die Pflicht nimmt. Das private Geldvermögen hat sich in den letzten 10 Jahren nahezu verdoppelt. Die reichsten 10% der Haushalte verfügen inzwischen über mehr als die Hälfte des gesamten Geldvermögens.

Unter der öffentlichen Armut leiden vor allem die wirtschaftlich Schwächeren. Es sind in Freiburg nicht nur die rund 20.000 Menschen, die von Hartz IV oder Sozialhilfe leben. Es sind auch die BezieherInnen von Grundsicherung und Geringverdiener, die trotz Arbeit arm sind und bleiben. Sie sind es, die in besonderer Weise auf einen bezahlbaren und gut funktionierenden öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, auf ein gutes öffentliches Kinderversorgungs- und Schulsystem, auf öffentliche Bäder, gut funktionierende Sozialeinrichtungen, für jedermann bezahlbare Kulturrangebote. Öffentliche Armut und rigide Sparpolitik, Abbau kommunaler Infrastrukturen, Stellenstreichungen in Jugendeinrichtungen und wegfallende Zuschüsse im Jugendsport, Verteuerung der städtischen Büchereien und Museen, der Kulturangebote, wie Münstersommer oder Jazzgipfel, gehen immer vorrangig zu Lasten der wirtschaftlich Schwächeren.

Ideologisch begründet wird dieser Weg des Sozial-, Sportförderung und Kulturabbaus mit dem Gerede vom Ende des Sozialstaates, der nicht mehr finanziert sei. Diese Ideologie findet sich ebenso in den Kommentaren der Leitartikler der „Badischen Zeitung“, wie in den Haushaltssreden der Vertreter der Allianz oder beim OB. Wir sind uns natürlich des Umstands bewusst, dass wir mit kommunalpolitischen Mitteln

diesem Trend zur immer stärkeren Konzentration des Geldvermögens in den Händen weniger auf Kosten des großen Rests der Gesellschaft nicht wirklich entgegentreten können. Gleichwohl, einiges können wir machen. Wir könnten z. B. das machen, was nach einem Bericht des Bundes der Steuerzahler, über die Hälfte der Gemeinden im Großraum Stuttgart seit 2001 gemacht haben, nämlich die Hebesätze bei der Gewerbesteuer anzuheben. Wir könnten dadurch rund 7 Millionen Euro mehr einnehmen, und gleichwohl die Grundsteuer nur um 10%, und nicht wie von der Verwaltung vorgeschlagen, um 20% erhöhen. Wir könnten mit diesen 7 Millionen Euro Mehreinnahmen die rund 1,5 Millionen, die die Gemeinderatsmehrheit bis 2010 den Einrichtungen in der Kultur, im Sozialbereich, im Sport und bei der Jugend wegnehmen will, gegenfinanzieren und weitere wichtige Infrastrukturmaßnahmen in der Stadt wie die Kinderbetreuung oder den Klimaschutz weiterentwickeln. Dies wäre nicht mehr als ein kleiner Beitrag der mit gutem Gewinn arbeitenden Unternehmen in Freiburg, um ihren Anteil an der Entwicklung der Stadt zu erbringen.

Begründet wird die rigide Kürzungs- politik oft als Beitrag zur intergenerativen Gerechtigkeit, also als Versuch, Lasten für künftige Generationen zu vermeiden. Diese finanzpolitische ökonomische „Vererbungslehre“ unter- schlägt schlicht die Antwort auf die Frage, was mit den öffentlichen Kreditmit- teln finanziert wird. Werden damit Zukunftsinvestitionen zur Stärkung etwa der ökologischen Nachhaltigkeit ver- wirklicht, dann profitieren davon auch künftige Generationen. Und zukünftige Generationen werden auch davon pro- fitieren, wenn wir heute in einen soliden

öffentlichen Wohnungsbau investieren oder unsere Sportanlagen und Kultur- einrichtungen verteidigen und ausbau- en.

Unsere Anträge zu Grund- und Ge- werbesteuer zeigen, dass wir uns nicht einfach auf Bundes- und Landeszuwei- sungen verlassen wollen. Wir wollen eine nachhaltige Konsolidierung der städtischen Finanzen. Eine Rückföh- rung des Schuldendandes kann unserer Meinung nach dann erfolgen, wenn die kommunale Infrastruktur gewahrt und ausgebaut wird, wenn wichtige Investi- tionsprojekte angegangen und hierfür jetzt in guten Zeiten eine entsprechen- de Rücklage gebildet wird. Steuer- mehrreinnahmen in den nächsten zwei Jahren im Bereich von mehreren Millio- nen müssen genutzt werden, um diese Rücklagen aufzubauen. Neben den Sa- nierungsmaßnahmen an Schulen, den Straßen- und Brücken, geht es um den verstärkten Ausbau des Radwegenet- zes, Sanierung und Ausbau unserer Bä- der, einer stufenweisen Umsetzung der Museumskonzeption, einer Perspektive für das E-Werk über 2008 hinaus, dem Bau des [Jugendzentrums] Chummy und vielen weiteren über Jahre liegen gebliebenen Investitionen.

Wenn wir selber notwendige Struk- turmaßnahmen als „Wohltaten“ oder „Steuergeschenke“ denunzieren, wie dies laufend auch hier im Haus gemacht wird, dann müssen wir uns über Abstri- che bei den kommunalen Steuerantei- len nicht wundern. Und da können wir mit einer Entscheidung in Berlin, z.B. jetzt im Rahmen der Unternehmens- steuerreform, mehr verlieren als wir in Jahren mit allen Anstrengungen z.B. im Rahmen der Verwaltungsreform, einsparen können.

Kein Schuldendabbau auf Kosten der Stadt, der heute lebenden Generation und zukünftiger Generationen.

CDU, Grüne und Freie Wähler sagen, ihre Vision sei eine schuldenfreie Stadt. Wir sagen, wann wenn nicht jetzt die überfälligen Zukunftsdebatten führen, die Stadt weiterentwickeln, mit der Vi- sion einer – ich zitiere nochmals die *Aal- borg Commitments*, „integrativen, pro- sperierenden, kreativen und zukunfts- beständigen Stadt, die allen Einwohne- rinnen und Einwohnern hohe Lebens- qualität bietet und ihnen die Mög- lichkeit verschafft, aktiv an allen Aspekten urbanen Lebens teilzunehmen“. Dieser gemeinsamen Vision der Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden haben wir uns verpflichtet. An ihrer schrittweisen Realisierung müssen wir uns messen lassen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerk- samkeit. ■

Falsch gespart kommt richtig teuer

(...) Deshalb hat die UL zum 15.5.07 beantragt, durch eine 10%-Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer eine nachhaltige und deutliche Steigerung der Einnahmen der Stadt zu beschließen.

So kann trotz der Schuldenlast die Stadt wichtige Auf- gaben in Angriff nehmen, von denen die „Allianz“ nichts wissen will. Unter der Sparpolitik der „Allianz“ leiden die wirtschaftlich Schwächeren, die auf günstigen öffentlichen Nahverkehr, bezahlbare Kindergärten, ein gutes öffentliches Schulsystem – kurz insgesamt auf eine sozial orientierte gut funktionierende öffentliche Infrastruktur angewiesen sind.

Was von der „Allianz“ als notwendige Sparpolitik be- schworen wird, erweist sich bei genauerem Hinsehen

als Teil des staatlichen Rückzuges zugunsten privater Markt- und Gewinnorientierung – ein Kernstück neoliberaler Ideologie.

Für die Fraktion der Unabhängigen Listen folgt dar- aus: Der zunehmenden Belastung der wirtschaftlich Schwächeren ist auch auf kommunaler Ebene entgegen zu wirken, durch eine stärkere Besteuerung der Gewinne aus Unternehmen, durch eine Anhebung der Gewer- besteuer.

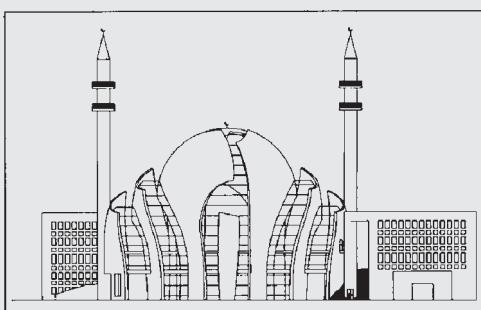
Die kommunale Infrastruktur darf nicht weiter abgebaut werden, dies gilt vor allem für Sozial- und Kulturein- richtungen, für Sport und Bäder.

Eine Politik des Abbaus von Schulden auf Kosten kom- munaler Infrastruktur und damit zu Lasten der wirtschaftlich Schwächeren ist mit uns nicht zu machen.

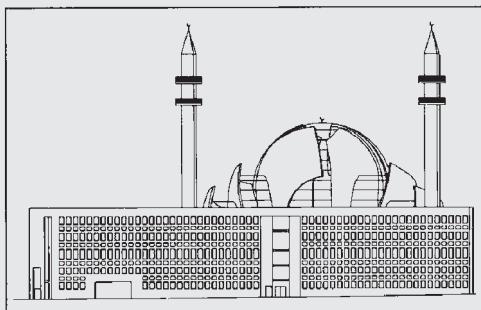
Wir wollen eine lebenswerte Stadt für Alle.
(Erklärung der UL im Amtsblatt)

„...sollte sich bei DITIP entschuldigen“

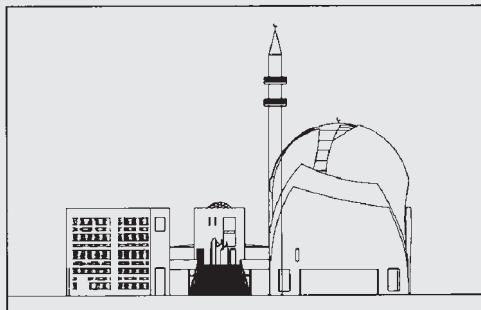
In einem Streitgespräch im Kölner Stadt-Anzeiger TV (Streit im Turm) hat Ralph Giordano den Bau des Kultur- und Gemeindezentrums in Ehrenfeld rigoros abgelehnt. Darüber sind viele linke und demokratische Menschen verwundert. Nicht weil „pro Köln“ wie erwartet begeistert ist, sondern weil Ralph Giordano Grundwerte wie „Toleranz“ und „Religionsfreiheit“, die er viele Jahre immer wieder eingefordert hat, jetzt über Bord wirft. Dabei schlägt Giordano einen Ton an, der doch etwas verwundert. Die Fraktion Die Linke. Köln fordert deshalb in einer Erklärung:



Ansicht von der inneren Kanalstraße



Ansicht von der Fuchsstraße



Ansicht von der Venloer Straße

„Ralph Giordanos Äußerung, verschleierte islamische Frauen hätten auf deutschen Straßen nichts zu suchen, ist diskriminierend. Dafür sollte er sich entschuldigen.“

Die Integration muslimischer Menschen ist nicht gescheitert, sie hätte besser verlaufen können. Das ist aber vor allem ein Problem der bundesdeutschen Gesellschaft. Und trotzdem findet Integration tagtäglich statt. Wie sie verbes-

sert werden kann, ist von Herrn Giordano nicht zu erfahren. Der Bau eines Kultur- und Gemeindezentrums wird die Integration befördern und Ehrenfeld wird in zwei Jahren ein ansprechendes und interessantes Bauwerk haben.“

Giordanos Äußerungen wurden auch im bürgerlichen Lager mit Entsetzen zur Kenntnis genommen. Selbst FDP-Fraktionsvorsitzender Ralph Sterck erklärt in der Bildzeitung: „Wie kann er eine Weltreligion in Keller und Hinterhöfe verdrängen wollen?“

Der DGB-Vorsitzende Wolfgang Uellenberg ruft zu Protesten gegen „pro Köln“ auf und warnte ausdrücklich davor, nicht auf die „europaweit gleichen Muster der Rechtsextremen hereinzufallen“, die nur auf Wählerfang seien. „In Marseille und in der Schweiz – überall gehen die Rechten gleich vor. Dabei ist die Diskussion um Minarett, wie in Essen, längst ausgetragen.“

Die Behauptung von Giordano, es gäbe „kein Grundrecht auf den Bau einer zentralen Großmoschee“ ist in doppelter Hinsicht falsch. In Art. 4 des Grundgesetzes ist die Glaubensfreiheit als unabänderliches Grundrecht garantiert. Somit muss der Gläubige auch einen Platz haben, dieses Recht zu verwirklichen. Und da viele islamische Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft haben, sollten nicht nur die Arbeitsmigranten dieses Recht nutzen sondern auch die „Deutschen“.

In einer Broschüre (siehe nebenstehender Ausschnitt) weist die Stadt Köln zu Recht darauf hin, dass mit dem normalen Baurecht eine Moschee gebaut werden kann, so wie eine Kirche, eine Synagoge.

Was will Giordano und was will der Kölner Stadt-Anzeiger, der das Thema aufblässt, eigentlich erreichen?

So forderte Giordano dazu auf, dass der Islam die Errungenschaften der abendländischen Kultur übernehmen müsse. Immer öfter liest man in Erklärungen aus Kreisen der CDU und in Leserbriefen, die Predigten in der Moschee müssten in deutscher Sprache abgehalten werden.

All dies und die eitlen Worte von Herrn Giordano sollen die Vormacht der abendländischen Kultur verdeutlichen. Aber genau diese Arroganz und Selbstherrlichkeit lässt die Integration scheitern. Weil all diejenigen davon ausgehen, dass sie die bessere Kultur haben und die besseren Menschen sind. Jörg Detjen

Lernmittelfreiheit: BOCHUM. Anfrage der Linke.PDS-Ratsfraktion: Durch Änderungen auf Landesebene sind Kinder aus ALG-II-Haushalten nicht mehr von der Zuzahlung der Schulbücher befreit. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung folgte im Sommer vergangenen Jahres dem Vorschlag der Verwaltung, der kurz zusammen gefasst vorsah, dass Kindern aus ALG-II-Haushalten, oder die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, 50 % des Eigenanteils erlassen werden. Weiteren Geschwisterkindern wird der Eigenanteil in Gänze erlassen. Finanziert wird diese freiwillige Leistung aus der Schulpauschale. Dies sollte jedoch nur für das Schuljahr 2006/2007 gelten. Im Protokoll heißt es: „Für die darauf folgenden Schuljahre wird die Schulverwaltung im Rahmen der Neubemessung der Schulbudgetierung unter Einbeziehung der Schulen eine bedarfsgerechte, praktikable und sozial ausgewogene Lösung zur Übernahme der Eigenanteile für SGB II-Empfänger und Asylbewerber erarbeiten ...“

www.pds-ratsfraktion-bochum.de

Bürgerantrag nach § 24 Gemeindeordnung NRW: KÖNIGSWINTER. „Lernmittelfreiheit: Der Rat der Stadt Königswinter möge folgenden Beschluss fassen: Die Stadt Königswinter übernimmt für das Schuljahr 2007/2008 den Eigenanteil für Lernmittel zu Gunsten aller Kinder von Hartz-IV-Empfängern. Begründung: In Königswinter können sich auch zu Beginn des kommenden Schuljahres 2007/2008 viele Kinder von Hartz-IV-Empfängern keine Schulbücher leisten. Von den Regelsätzen ist eine Eigenbeteiligung nicht erfüllbar. Der Regelsatz von Kindern von Hartz-IV-Empfängern sieht für Schulbücher und Bildung 1,37 Euro monatlich vor. Die Anschaffungskosten der Bücher pro Kind belaufen sich inklusive Zusatzpaket in der Regel auf ca. 35 bis 40 Euro. Wenn dann in einer betroffenen Familie noch mehrere schulpflichtige Kinder sind, wird der Schulbücherkauf zu einem unlösbar Problem.“

Andreas Danne, WASG-Sprecher Kreisverband Rhein-Sieg, Mitglied der Initiative.DIE LINKE.Königswinter

Fahrpreiserhöhungen unsozial: HANNOVER. Das Linksbündnis in der Regionsversammlung Hannover kritisiert die von der üstra für den Dezember geplanten Preiserhöhungen. „Wir brauchen nicht 3,8 Prozent höhere Fahrpreise, sondern mindestens 3,8 Prozent mehr Fahrgäste“, betont der Fraktionsvorsitzende Stefan Müller. „Die Fahrpreiserhöhung ist außerdem unsozial, denn sie trifft insbesondere einkommensschwache Bevölkerungs-

gruppen.“ Die Preiserhöhungen würden auch nicht zu den bereits angekündigten Leistungskürzungen im öffentlichen Personennahverkehr passen. Außerdem ständen sie im Widerspruch zum von der Stadt Hannover vorgesehenen Klimaschutzprogramm, denn die Preiserhöhungen schrecken potentielle Kunden ab, vom Auto auf Bus und Bahn umzusteigen. Dabei sei die Zahl der ÖPNV-Nutzer laut Klimaschutzbilanz der Stadt zwischen 1990 und 2005 nur um vier Prozent gestiegen, die Zahl der Autos habe dagegen um 12 Prozent zugenommen. Im selben Zeitraum hat die Stadt das vereinbarte Ziel der Reduktion von CO₂-Emmissionen um 17,5 Prozent verfehlt. Das Linksbündnis erinnert in diesem Zusammenhang noch einmal an das von Rot-Grün im Koalitionsvertrag vorgesehenen Sozialticket für Geringverdiener und Erwerbslose einzuführen, für das es bis heute keinen konkreten Vorschlag gibt.

http://sozialisten.de/politik/kommunal/texte_kommunen

EU-Parlament macht den Weg frei für Inhouse-Vergabe im ÖPNV: FRANKFURT A.M. Anders als von der Frankfurter Koalition im Römer prognostiziert beschloss am 10. Mai 2007 das Europaparlament in Brüssel: Die Kommunen können frei wählen zwischen Inhouse-Vergabe oder europaweiter Ausschreibung. Aufgrund der neuen Sachlage erwartet und fordert DIE LINKE.WASG in Frankfurt nun eine Neubewertung der Frage Ausschreibung oder Inhouse-Vergabe der Frankfurter Buslinien.

[www.dielinke.wasg-im-roemer.de](http://dielinke.wasg-im-roemer.de)

PFT im Trinkwasser: DORTMUND. Nach Aussagen der DEW21 befinden sich im Dortmunder Trinkwasser derzeit zwischen 40-60 ng perfluorierte Tenside (PFT). Im August letzten Jahres befanden sich auf dem Höhepunkt des Trinkwasserskandals noch rund 150 ng PFT im Dortmunder Wasser. Das krebserregende PFT reichert sich im menschlichen Körper an und hat dort eine Verweildauer von bis zu 20 Jahren. Von der PFT-Belastung im Trinkwasser sind im Ruhrgebiet mehr als 5 Millionen Menschen betroffen. Inzwischen werden die mit dem ursächlichen verunreinigten Biodünger kontaminierten Felder im Raum Arnsberg großflächig abgetragen.

Der Dortmunder WASG-Kreissprecher Utz Kowalewski betont vor diesem Hintergrund die Bedeutung der öffentlichen Betriebe: „Private Unternehmen hätten bei vergleichbaren Problemen weit weniger verantwortlich gehandelt und eher versucht das Ausmaß der Verunreinigungen zu vertuschen anstatt teure Gegenmaßnahmen zu treffen.“

<http://www.dielinke-dortmund.de/>

Schutz für die Mieter: HAMBURG. Die GAL fordert in einem in der Bürgerschaft eingebrochenen Antrag, dass die Stadt alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzen muss, um die soziale und kulturelle Mischung in den innerstädtischen Wohngebieten zu schützen. Nötig ist vor allem die Einschränkung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch soziale Erhaltungsverordnungen. Außerdem soll die Stadt beim Verkauf von Liegenschaften in Aufwertungsgebieten generell auf Höchstgebotsverfahren verzichten und wieder von ihrem Vorkaufsrecht zur Abwendung von Spekulationsfällen Gebrauch machen. Die städtischen Wohnungsunternehmen sollen Mietsteigerungen nicht vorantreiben, sondern die Mietentwicklung in der Stadt durch eine moderate Mietenpolitik stabilisieren. Bei der Neuaufstellung des Mietenspiegels soll die Gewichtung des spekulativen Einflusses unterliegenden Faktors „Bodenwert“ reduziert werden. Hamburg hat seit den achtziger Jahren aktiv die Sanierung und Revitalisierung der gründerzeitlichen innerstädtischen Wohnquartiere betrieben. Die Abkehr von der Abriss- und Flächensanierungspolitik hin zur „behutsamen Stadterneuerung“ erwies sich als großer Erfolg. Die sanierten Viertel sind heute beliebte und sozial integrationsstarke Quartiere. Dies führt dort mittlerweile zu erheblichen Mietpreisseiterungen und erhöht den Druck zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Bereits im letzten Mietenspiegel (2005) lagen die Mietsteigerungen im innerstädtischen Bereich mit 11 bis 15 % deutlich über der allgemeinen Teuerungsrate.

www.gal-fraktion.de

„Leipzig Charta“: MÜNCHEN. Der Präsident des Deutschen Städte- und Landesverbands Christian Ude, hat die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ begrüßt: „Rund 75 Jahre nach der längst überholten Charta von Athen, die uns eine Teilung in Schlafstädte und Büroviertel beschert hat, besteht jetzt auf der Grundlage der Leipzig Charta die Chance für eine neue Stadtentwicklungspolitik in Europa. Nicht mehr die räumliche Trennung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit mit den damit verbundenen Verkehrs- und Umweltlasten, sondern kompakte und urbane Siedlungsstrukturen mit gesunder Mischung sind die wegweisenden Antworten für lebendige, friedliche und damit zukunftsfähige Städte, in denen sich die Menschen wohlfühlen und in denen sie leben wollen.“ Die „Leipzig Charta“ ist beim Treffen der für Stadtentwicklung zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der

deutschen Ratspräsidentschaft am 24. 5. in Leipzig verabschiedet worden. Ude betonte die Bedeutung der Städte für Wachstum, Beschäftigung und Zusammenhalt in Europa.

www.staedtetag.de

Stadtentwicklung braucht verbindliche Leitlinien und Bürgerbeteiligung:

SCHWERIN. Nach Ansicht der bau- und wohnungspolitischen Sprecherin der Fraktion der Linkspartei.PDS, Regine Lück, bietet die „Leipzig-Charta“ keine ausreichende Grundlage für eine erforderliche integrierte, nachhaltige Stadtentwicklungspolitik. „Die Charta benennt zwar richtig die Probleme, formuliert aber lediglich unverbindliche Leitlinien, wie diese zu lösen sind“, kritisierte Frau Lück. Erforderlich seien verbindliche ganzheitliche Strategien für alle Lebensbereiche und insbesondere eine rege Bürgerbeteiligung, um dem Auseinanderdriften der Städte in aufstrebende und benachteiligte Stadtteile entgegenzuwirken. Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik müsse der zunehmenden Einteilung in Bezirke mit reichen und armen Bewohnern, in gute und schlechte Wohn- und Lebensqualität entgegenwirken, sagte Frau Lück.

www.linksfraktion-pds-mv.de/Presse

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erhalten: LEIPZIG. „Städte und ländlicher Raum sind gleichberechtigte Partner und müssen auf gleicher Augenhöhe miteinander kooperieren können. Deshalb darf es keine einseitige Förderung der Ballungszentren geben“, so Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB, anlässlich der Beratung der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“. Die europäische und die nationale Raumordnungspolitik müssten die Stärken der ländlichen Räume erkennen. Metropolregionen können ohne die ländlichen Räume nicht existieren. Gleichermaßen gilt dies für die Strukturförderung und der Wirtschaftspolitik. Der DStGB spricht sich gegen eine einseitige Entwicklung von Metropolregionen und städtischen Gebieten aus. Hierfür spricht nicht zuletzt der Umstand, dass die ländlichen Gebiete über 90% der Fläche der Europäischen Union ausmachen, mehr als 25 % der EU-Bevölkerung repräsentieren und – auf Deutschland bezogen – über die Hälfte der Wirtschaftsleistung erbringen. Eine Konzentration von Fördermaßnahmen auf Metropolregionen und städtische Gebiete würde in Widerspruch zu den Grundlagen des EG-Vertrags, der eine gleichmäßige Entwicklung von städtischen Gebieten und ländlichen Räumen innerhalb der EU verlangt.

www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)

Mindestarbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Weiterbildungseinrichtungen nunmehr tariflich geregelt

Mitte März unterzeichneten die Gewerkschaften ver.di und GEW einerseits und der Bundesverband der Träger der beruflichen Weiterbildung e.V. (BBB) andererseits einen Branchentarifvertrag, der Mindestarbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Weiterbildungseinrichtungen regelt. Die Notwendigkeit für einen solchen Tarifvertrag, der sicher einige Wünsche der Gewerkschaften noch offen lässt, hat sich vor allem durch die Auswirkungen der Hartz-Gesetzgebung ergeben, die zu einem drastischen Einbruch in der beruflichen Weiterbildung (das Fördervolumen beträgt zur Zeit weniger als ein Viertel des in der zweiten Hälfte der 90er Jahre üblichen Niveaus) und damit zu einer enormen Unterbietungskonkurrenz unter den Einrichtungen geführt hat. Hierüber haben wir bereits in den Politischen

Berichten Nr. 23/2005 ausführlich geschrieben.

Zur Weiterbildungsbranche gehören so große Einrichtungen wie der Internationale Bund (IB), die Deutsche Angestellten-Akademie GmbH (DAA) und das Berufsförderungswerk des DGB (bfw). Dem BBB gehören 35 Einrichtungen an.

Noch kann der Branchentarifvertrag nicht regulierend eingreifen. Dazu muss er entweder für allgemeinverbindlich erklärt oder aber in das Entsendegesetz durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung aufgenommen werden. Die folgende Dokumentation haben wir dem Info-Blatt Weiterbildung aktuell 01/2007 des ver.di-Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung entnommen.

har

für Arbeit. Es sollte der Versuch unternommen werden, im Rahmen des Vergaberechts Regelungen zu finden, die den Dumping-Wettbewerb in der Branche Weiterbildung beenden. Die starre Haltung der Bundesagentur führte Ende 2005 zum Scheitern der Gespräche.

Ein Flächentarifvertrag – zumal allgemein verbindlich – ist das einzige gewerkschaftliche Mittel gegen weiteres Lohndumping und für die Stabilisierung der Gehälter.

Warum nur ein Einstiegsgehalt?

Mitte 2005 sind wir mit dem Ziel angereten, einen umfassenden Tarifvertrag für die Weiterbildung abzuschließen. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig, da die Arbeitgeber immer auch das Ziel verfolgten, ihre derzeitigen Haustarifverträge schnell los zu werden.

Erst die politische Diskussion über den Mindestlohn brachte wieder Dynamik in die Verhandlungen und führte zum Tarifabschluss.

Die aktuelle Diskussion über den Mindestlohn, wie sie derzeit in der großen Koalition geführt wird, knüpft an die Regelungen im Entsendegesetz an, nach dem beispielsweise Teile des Tarifvertrages der Bauwirtschaft als Mindeststandards bundesweit gesetzt werden. Das Entsendegesetz regelt nur den Einstiegslohn, die Arbeitszeit und den Urlaub. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske setzt sich beim Bundesminister Franz Müntefering dafür ein, dass auch die Weiterbildung mit diesem Tarifvertrag in die gesetzliche Mindestlohnregelung nach Entsendegesetz fällt.

Warum Unterschied Ost-West?

Zu Beginn der Verhandlungen im Jahr 2005 boten die Arbeitgeber 1.690 Euro Einstiegsgehalt für pädagogisches Personal. Erst im Dezember 2005 kam es beim Internationalen Bund für Sozialarbeit (IB, mit insgesamt rund 6.000 ArbeitnehmerInnen, davon rund 3.000 in der Aus- und Weiterbildung), zu einem Tarifabschluss. In diesem Haustarifver-

rifvertragsgesetz erklärt wird. Entsprechendes gilt aufgrund einer anderen Regelung mit gleicher Wirkung, z. B. durch Aufnahme als MindestlohnTarifvertrag in das Entsendegesetz durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Von daher brauchen wir in den nächsten Monaten noch tatkräftige Unterstützung für eine gesetzliche Regelung von tariflichen Mindestlöhnen und Aufnahme der Branche Weiterbildung in den Katalog der Tarifverträge, die durch eine entsprechende Änderung des Entsendegesetzes als Mindeststandards gesetzt werden.

die neue Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit bei den Maßnahmen, die bundesweit ausgeschrieben werden (Trainings- und Jugendmaßnahmen), zu starken Preiseinbrüchen geführt. Da die Personalkosten zwischen 55 bis 75 % der Kosten der Weiterbildungsträger ausmachen, schlagen diese Preissenkungen unmittelbar auf die Entlohnung durch. Die Einstiegsgehälter waren in den letzten Jahren in den alten Bundesländern oftmals auf 1.500 bis 1.800 Euro, in den neuen Bundesländern auf 1.300 bis 1.600 Euro gesunken. Dort gab es auch einzelne Fälle von 1.100 Euro Monatsgehalt für einen Bildungsbegleiter in der Berufsvorbereitung (bei 40 Stunden Arbeitszeit).

Ab Mitte 2005 gab es gemeinsame Gespräche zwischen den Gewerkschaften ver.di und GEW und dem Arbeitgeberverband BBB mit der Bundesagentur

TELEKOM-STREIK: Mit Solidarität gegen die Kahlschläger: Für den 30. Mai rief ver.di alle Mitglieder zu einem „Tag der Solidarität“ mit den streikenden Telekom-Beschäftigten auf. Noch nie habe ein Dax-Unternehmen „derartig unverschämte Versuche gestartet, die Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse seiner Mitarbeiter zu verschlechtern, während gleichzeitig über 3 Mrd. Euro an die Aktionäre ausgeschüttet wurden.“ Die Telekom sei nur ein Vorreiter für Auseinandersetzungen in allen anderen Branchen der deutschen Wirtschaft, heißt es in dem Aufruf, der am 25. Mai verbreitet wurde. Am 29. Mai haben erneut mehr als 13.000 Beschäftigte bei der Deutschen Telekom AG die Arbeit niedergelegt. Die große Mobilisierung macht deutlich, dass die Telekom endlich ein vernünftiges Angebot vorlegen muss.

www.verdi.de

Dokumentiert:

Erste Hürde geschafft – Argumente für einen Branchentarifvertrag

Nach 18-monatigen Verhandlungen haben sich die Zweckgemeinschaft des Bildungsverbandes BBB und die Gewerkschaften ver.di und GEW auf einen Tarifvertrag über Mindeststandards in der Weiterbildungsbranche geeinigt. Dieser Branchentarifvertrag (BTV) regelt das Einstiegsgehalt für Verwaltungskräfte und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Arbeitszeit und den Urlaub. Er ist damit die erste flächentarifliche Regelung in der Branche. Sein Inkraft-Treten hängt allerdings davon ab, dass er von der zuständigen Stelle rechtswirksam für allgemeinverbindlich im Sinne von § 5 Ta-

Warum ein Branchentarifvertrag?

Die Branche Weiterbildung wird von öffentlichen Auftraggebern wie der Bundesagentur für Arbeit oder Gebietskörperschaften wie Bundesländern und Gemeinden maßgeblich beeinflusst. Der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (früher BAT, jetzt TVöD) hat in der Branche aber schon lange keine strukturierende und gestaltende Wirkung mehr. Einzelne Unternehmen wenden ihn zwar noch an, aber in der Fläche sind die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen weit davon entfernt. Einige große und mittlere Träger haben Haustarifverträge mit Mantel- und Entgeltbestimmungen, andere haben nur Manteltarifverträge und viele haben gar keine kollektivrechtlichen Regelungen. Hier wird einzelvertraglich geregelt, was der „Markt“ hergibt.

Im Zuge der Hartz-Gesetzgebung hat

trag wurden als Einstiegsgehälter 2.076 Euro im Westen und 1.847 Euro im Osten fixiert.

Um die Verhandlungen voranzubringen und den IB dazu zu bewegen, der Zweckgemeinschaft des BBB beizutreten, hatte die Tarifkommission seinerzeit entschieden, das Verhandlungsergebnis beim IB zum Ausgangspunkt für die Branchenverhandlungen zu machen. Diese Strategie führte zum Erfolg, allerdings zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den neuen Bundesländern. Es bleibt daher Ziel weiterer Branchenverhandlungen, hier klare und schnelle Angleichungsschritte durchzusetzen.

Wird mein Gehalt jetzt abgesenkt?

Bestehende Haustarifverträge, Betriebsvereinbarungen oder individuelle Arbeitsverträge gehen, sofern sie bessere Regelungen enthalten (Günstigkeitsprinzip), dem Branchentarifvertrag vor. Durch die Kollisionsklausel im § 2 des BTV gilt dies auch für den Fall der Kündigung eines Haustarifvertrags für die zum Zeitpunkt der Kündigung bereits Beschäftigten (Nachwirkung). Bei diesen Beschäftigten kann es zu keiner Gehaltsabsenkung kommen. In diesem Punkt haben sich die gewerkschaftlichen Vorstellungen weitgehend durchgesetzt. (...)

Die Tarifvertragsparteien haben in einer Protokollnotiz erklärt, dass sie Verhandlungen einzelner Unternehmen zu Haustarifverträgen nicht blockieren wollen. Allerdings können die Regelungen des BTV nicht unterschritten werden.

Wird Lohnstagnation zementiert?

Die Einstiegsgehälter des Branchentarifvertrags für das pädagogische Personal finden sich im neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD, Gruppe 9, Stufe 1) – ein akzeptables Niveau für die Weiterbildungsbranche. Wir haben mit den Arbeitgebern nach In-Kraft-Treten des Branchentarifvertrages Verhandlungen über einen Entgelttarif mit weiteren Entgeltgruppen, Aufstiegsstufen und konkreten Angleichungsschritten für die Beschäftigten Ost sowie über Weiterbildungsansprüche vereinbart. Dazu muss die Branche Weiterbildung eine Tarifbewegung für einen Flächentarifvertrag entwickeln, um unsere Verhandlungsposition zu verbessern.

Die derzeitige Lohnstagnation wird allerdings auch sehr stark von außen bestimmt. Auch die Bundesagentur für Arbeit hat mit ihrer Vergabepolitik den Druck auf die Gehälter erhöht. In der Berufsvorbereitung oder Erstausbildung sind die Preise im Schnitt auf 70% jener von 2003 gesunken. Insofern ist der Branchentarifvertrag eine Auffanglinie, die ein weiteres Sinken der Preise verhindern soll. In einzelnen Regionalen Einkaufszentren (REZ) müssten die

Preise sogar angehoben werden. Deshalb erhöht der Branchentarifvertrag mittelfristig den Spielraum für Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Das Argument der Dumping-Konkurrenz zieht nicht mehr, wenn die Gehälter der Branche allgemein verbindlich sind.

Ab wann bekomme ich mehr Geld?

Der Branchentarifvertrag gilt erst nach der Allgemeinverbindlichkeitserklärung – als Mindeststandard für alle in der Weiterbildungsbranche.

Für Einzelne kann es allerdings bezüglich der Bezahlung Übergangsfristen geben. Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in Maßnahmen (z.B. Erstausbildung oder Berufsvorbereitung) beschäftigt sind, in denen die Maßnahmepreise eine Erhöhung der Gehälter nicht erlauben, bliebe es erst einmal bei den niedrigeren Gehältern. Die Arbeitgeber müssen dann allerdings mit der Bundesagentur nachverhandeln, um die Preise anzupassen. Gelingt dies dem Arbeitgeberverband nicht, gelten für 12 Monate die alten, niedrigeren Gehälter. Will der Arbeitgeber im Einzelfall darüber hinaus die niedrigere Bezahlung beibehalten, muss er dem Arbeitnehmer und dem Betriebsrat nachweisen, dass die Erträge für Gehälter nach BTV nicht ausreichen. Dazu muss er Unterlagen wie die Maßnahmekalkulation und den Maßnahmepreis vorlegen.

An diesem Punkt haben sich die Arbeitgeber mit der Argumentation durchgesetzt, dass einzelne Unternehmen ansonsten in gravierende wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen könnten.

Gilt der Tarifvertrag auch für Honorarkräfte?

Leider ist es nicht gelungen, die Honorarkräfte in den Geltungsbereich des Tarifvertrages aufzunehmen. Die Arbeitgeber haben dies strikt abgelehnt. Und da der Branchentarifvertrag auch die Unterstützung der Arbeitgeber im politischen Raum braucht, um allgemein verbindlich erklärt zu werden, haben wir nur die Regelungsgegenstände verhandelt, die Konsens waren.

Honorarbeschäftigte finden heute in ver.di verschiedene Angebote wie Rechts- oder Telefonberatung („mediafon“) oder Übersichten über Honorarsätze. Sie können sich in ver.di organisieren. Vor allem in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Berlin-Brandenburg gibt es Angebote, sich als Honorarkräfte in ver.di zu vernetzen und zu engagieren.

Es ist Aufgabe zukünftiger Verhandlungen, entweder die Honorarkräfte in den Geltungsbereich des Tarifvertrages aufzunehmen oder einen eigenständigen Tarifvertrag für Honorarkräfte zu verhandeln.

Arzneimittelzulassung künftig direkt durch Pharmaindustrie? –

FAZ, Mo. 14.5.07. Ein von Kabinett und Bundestag in erster Lesung beschlossene Gesetzentwurf mit dem Inhalt der Umwandlung der Arzneimittelbehörde in eine weitgehend von der Pharmaindustrie finanzierte Arzneimittelagentur wird nun gestoppt. Dies habe der Fraktionsvorstand der CDU beschlossen, nachdem von mehreren Seiten Kritik geäußert worden war. Als Aufgabe der Agentur war die Zulassung der Arzneimittel und Medizinprodukte sowie die laufende Überwachung der zugelassenen Arzneimittel vorgesehen. Durch Umbau der Behörde in eine Agentur wären die staatlichen Zu- schüsse bis 2011 auf 10 Millionen Euro halbiert worden bei kalkulierten Ausgaben von 57 Millionen Euro. Nach der Umwandlung – so hatte der Entwurf vorgesehen – hätte die Führung der Agentur bei einem Vorstand gelegen, der nach Marktkonditionen und damit besser als vorher bezahlt würde.

Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung kündigen weiteren Protest an. – Der Präsident der Bundesärztekammer, J.-D. Hoppe kündigt an, die Ärzte würden ihren Widerstand gegen die Gesundheitspolitik der großen Koalition verschärfen und Patienten in Praxen und Krankenhäusern darin stärker einbeziehen als jemals zuvor. „Wir werden den Patienten in aller Öffentlichkeit mitteilen, was dieses Gesetz an ärztlicher Versorgung noch möglich sein lässt.“ Das solle permanent in Praxen und Kliniken geschehen, auch unter Einsatz modernster elektronischer Kommunikationsmittel. Es geht nicht an, so Hoppe, „dass der Arzt den Menschen beibringen muss, welche Behandlung sie nicht mehr bekommen, weil es ihnen nicht mehr zusteht oder im Leistungsumfang des jeweiligen Versorgungspakets nicht mehr enthalten ist.“

Handel warnt vor Verödung der Innenstädte. FAZ, Di. 22.5.07. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels warnt vor der Verödung der Innenstädte, falls die Unternehmenssteuerreform nicht korrigiert werden sollte. Die Gewerbesteuerlast seiner Mitgliedsunternehmen durch die geplante Besteuerung der Finanzierungsanteile an den Mieten steige dramatisch trotz niedrigerer Hebesätze, denn für den Einzelhandel in den besseren Lagen seien insbesondere die Mieten ein wichtiger Kostenfaktor. Im Extremfall würde die gesamte Steuerlast eines Unternehmens von heute 44 % auf 120 % steigen. Betroffen seien sämtliche Kapitalgesellschaften, also auch große Teile des gehobenen Fachhandels, die als GmbH organisiert seien. Leidtragende wären nicht zuletzt die Kommunen und Verbraucher.

Presseauswertung: rst

Lothar Bisky und Oskar Lafontaine über ihre künftige gemeinsame Arbeit als Vorsitzende der neuen Partei Die Linke in der „Berliner Zeitung“ vom 29. Mai:

Herr Lafontaine, bedeutet es Ihnen etwas, dass Sie künftig einen Schreibtisch in dem Haus haben werden, in dem auch schon der KPD-Chef Ernst Thälmann saß?

Lafontaine: Für mich bedeutet es durchaus etwas, in einer Partei zu sein, die sich nicht zuletzt auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beruft. Karl Liebknecht steht für Kriegsverweigerung, Rosa Luxemburg für einen demokratischen Sozialismus. Insofern waren Liebknecht und Luxemburg auch früher Leitfiguren für mich.

Herr Lafontaine, Sie werden Ko-Vorsitzender einer Partei, von der 55 000 Mitglieder im Osten leben. Wie gut kennen Sie den Osten?

Lafontaine: Ich glaube, das ist zunächst die Frage nach der Fähigkeit eines Menschen, überhaupt Befindlichkeiten aufzunehmen. Ob man sieht, was die Menschen empfinden. Bei meinen vielen Besuchen im Osten habe ich nie den Eindruck gehabt, ich hätte Schwierigkeiten aufzunehmen, was die Menschen dort bewegen. Das zeigt sich auch am großen Zulauf, den meine Veranstaltungen im letzten Bundestagswahlkampf und auch davor immer hatten. Dieser Zulauf ist auch erklärbar: Die Bevölkerung des Ostens hat ein größeres Empfinden für soziale Gerechtigkeit, für Gemeinsinn. Das liegt einfach an der Geschichte. Und da das die Werte sind, die ich in meinen politischen Aussagen stärker berücksichtige als konkurrierende Parteien, finde ich dort sehr viel Verständnis und Annahme.

Aber Herr Bisky, der Eindruck ist doch nicht falsch, dass es in weiten Teilen Ihrer Partei immer noch ein Misstrauen gegen Lafontaine gibt als den Mann aus dem Westen?

Bisky: Da gibt es eine rapide Entwicklung zu Gunsten Lafontaines, je besser sie ihn kennenlernen. Die Legende, er sei gegen die deutsche Einheit gewesen, ist zudem nicht verbreitet in meiner Partei.

Lafontaine: Natürlich gibt es Widerstände gegen meine Person. Die haben damit zu tun, dass ich sehr früh versucht habe, in die Programmdebatte der neuen Partei einzugreifen. Und da sind meine Überzeugungen – etwa was die Bedingungen für Regierungsbeteiligungen angeht – nicht überall auf große Freude und Zustimmung gestoßen.

Herr Lafontaine, es gab 1989/1990 eine Debatte in der SPD, ob sie sich öffnen sollte für ehemalige SED-Mitglieder. Waren Sie damals dafür?

Lafontaine: Selbstverständlich. Es lag ja in der Tradition meiner Politik. Aber der damalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel wollte davon nichts wissen. Aus meiner Sicht war das ein historischer Fehler. Ich hatte damals die Vorstellung, dass wir nach dem Modell CDU/CSU eine SPD/Ost-SPD schaffen. Das hätte ein Zusammensehen der Ost-SPD mit der damaligen PDS vorausgesetzt. Aber ich konnte mich leider nicht durchsetzen. Und heute, um das auch gleich zu beantworten, wir werden ja oft gefragt, wollt ihr nicht langfristig mit der SPD zusammengehen: Heute und wohl auch auf sehr lange Zeit ist es unvorstellbar, mit einer Partei zusammenzugehen, die in zentralen Positionen das glatte Gegenteil vertritt wie die Linke.

Herr Bisky, hätten Sie sich damals vorstellen können, in die SPD einzutreten?
Bisky: Ja, das wäre vorstellbar gewesen. Man nennt mich ja fälschlicherweise öfter einen Sozialdemokraten. Als solcher fühle ich mich zwar nicht. Aber gewissen Traditionen in der deutschen Sozialdemokratie fühle ich mich durchaus sehr verbunden. Ich habe sogar die Theoretiker verschlungen. Schließlich ist die Sozialdemokratie ein Stück der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Es wäre also durchaus denkbar gewesen. Aber dank der Entscheidung von Vogel wurde es uns als PDS leichter gemacht. Ich sage das mit einer gewissen Ironie.

Das heißt, Oskar Lafontaine hatte Unrecht, als er vor einigen Jahren Sie und Gregor Gysi linke Sozialdemokraten nannte?

Bisky: So, wie ich es definieren würde, ja. Aber darüber streite ich mich nicht. Solche Etikette sind nicht das Entscheidende. Inhaltlich haben wir eine Menge von Gemeinsamkeiten. Und die tragen uns so weit, dass man darauf eine neue Partei gründen kann. Diese Gemeinsamkeiten sind natürlich auch aus der linken Sozialdemokratie beeinflusst worden. Es gibt da schon eine starke Strömung bei den Sozialdemokraten, die uns nahe steht. Deshalb schrecke ich auch nicht beleidigt zurück, aber ich bin dieser albernen Debatten der Linken um „ismen“ müde.

Herr Bisky, wird es denn eine Art Arbeitsteilung zwischen Ihnen geben. Etwa so, dass Lafontaine draufhaut und ...

Bisky: ... ich kehre die Scherben wieder zusammen? Nein. Wir haben unter-

schiedliche Temperamente. Das ist wohl wahr. Oskar hat die Gabe zuzuspitzen. Ich dagegen bin zu lange in der Wissenschaft gewesen, um nicht immer noch mal zu bedenken, wenn aber Bedingung y und z mit x zusammenkommt, dann könnte. Ich bin auch kein Berufspolitiker. Oskar hat sein ganzes Leben bewusst Politik betrieben. Für mich ist Politik eher der Abschluss der Berufstätigkeit ...

Und wie beruhigen Sie besorgte Ost-Genossen, die fürchten, Sie werden von Ihrem Ko-Vorsitzenden in die zweite Reihe gedrängt?

Bisky: Ich weiß nicht, seit wann bei den Linken die Hackordnung solch eine Rolle spielt. Das ist eine abstrakte Vorstellung. Es geht darum, wie wir mit unterschiedlichen Traditionen dem Anspruch gerecht werden, sozial gerecht und gesamtdeutsch zu sein. Das ist unsere Aufgabe. Mir hat auch keiner der leitenden Funktionäre gesagt, wir wollen Oskar Lafontaine nicht. Allen ist klar, dass wir ihn brauchen. Dass es da vielleicht mal Befürchtungen gibt, das ist so ein Profi, der steckt uns in den Beutel oder so, das kann man verstehen.

Lafontaine: Das wird genauso ausgehen wie die Prognose, dass die beiden eitlen Pfauen Gysi und Lafontaine nicht miteinander können. Wir sind erwachsene Männer und wir wissen, wie wir miteinander umgehen müssen, so dass jeder seinen Raum hat.

Herr Lafontaine, Ihre Konkurrenz in der SPD und den Grünen wirft Ihnen vor, dass Sie mit Konzepten aus den 70er-Jahren antreten und überhaupt für die neuen Herausforderungen keine Antworten haben.

Lafontaine: Bei allen unseren Vorschlägen beziehen wir uns immer auf andere Länder. Ganz pädagogisch sagen wir „Mindestlöhne wie in Frankreich, Steuersätze wie in Schweden“ etc. Das heißt, wir sind in der Jetzt-Zeit, im Heute. Das ist eine klägliche Kampagne unserer politischen Gegner, die nicht in der Lage sind, die neuen Zeitalüfe wirklich zu erfassen. Dass zum Beispiel die Kriegsabenteuer falsch sind, erkennt man inzwischen auch in Amerika, in Kanada oder Frankreich.

Bisky: Diese ewigen Vorwürfe, wir seien nicht in der Gegenwart. Ich frage, was ist denn so modern daran, bei den sozial Schwachen immer wieder einzusparen?

Das ist doch das Gegenteil von modern!

Lafontaine: Das ist ja der Erfolg des Neoliberalismus, dass er den Begriff des Modernen verbunden hat mit Sozialabbau ...

Zusammenstellung: jöd

Unterwerfung und Bekehrung. Methode oder nur „... eine verunglückte Textpassage ...“?

Höchstens zwei Tage dauerte das Rauschen im deutschen Blätterwald. In seiner Ansprache zur Eröffnungssitzung der „V. Generalversammlung der Bischöfe Lateinamerikas und der Karibik“ im brasilianischen Marienwallfahrtsort Aparecida am 13. Mai 2007 hatte Papst Benedikt XVI. davon gesprochen, die katholische Kirche habe sich den Eingeborenen in Lateinamerika nicht aufgezwungen. Vielmehr hätten die Stämme die Ankunft der Priester im Zuge der spanischen Eroberung „still herbeigesehnt“. (*Auszüge der Rede siehe unten*)

Der Protest lies nicht auf sich warten: „Es ist arrogant und respektlos, unser kulturelles Erbe als zweitrangig zu bewerten“, nannten Vertreter der indigenen Völker die Aussagen des Papstes. „Zu sagen, dass die kulturelle Dezimierung unserer Volkes eine Reinigung darstellt, ist beleidigend ...“. Nicht anzuerkennen, dass die Einführung des Katholizismus ein Mechanismus zur Dominierung der Ureinwohner gewesen sei, sei eine Verschleierung der Geschichte, kritisierte der Direktor der Organisation der Ureinwohner Kolumbiens (ONIC), Luis Evelis Andrade. „Wir können es nicht akzeptieren, dass die Kirche ihre Verantwortung für die Vernichtung unserer Kultur und unserer Identität nicht anerkennt.“ Der Präsident von Venezuela, Hugo Chavez, forderte eine Entschuldigung des Papstes und verglich die Vorgänge der Christianisierung Lateinamerikas mit dem Holocaust.

Am kritischsten kommentiert die Süddeutsche Zeitung am 16. Mai: „In Auschwitz hat Benedikt Eigentümliches zur Machtergreifung der Nationalsozialisten gesagt, in Regensburg die Muslime gegen sich aufgebracht, nun

empören sich die Indianer. In historisch-politischen Dingen zeigt der gebildete Joseph Ratzinger erschreckende Schwächen. Das tut jenen Christen Unrecht, die wie Bartholomé de Las Casas an der Seite der Ureinwohner standen. Und es bleibt nicht des Papstes Anklage gegen Egoismus, Macht- und Profitgier in Erinnerung, sondern eine verunglückte Textpassage.“ Man merkt, der Schreiber ist peinlich berührt. Und doch geht er mit einem verwunderten Kopfschütteln zur Tagesordnung über. Ein netter liberaler Papst, das wäre ihm wohl schon recht! Aber wäre das dann noch der Papst? Gehört es nicht wesensmäßig zur römischen Theologie, dass sie eine Überprüfung der Grundlagen des eigenen Systems nicht zulassen kann?

Die biblische Missionstheologie

Es ist ja nicht so, dass der Papst sich mal wieder undiplomatic geäußert hat. Vielmehr hat er auf der Bischofskonferenz gegenüber seinem Führungskader nichts weiter getan, als die 2000-jährigen theologischen Grundlagen der katholischen Kirche in Erinnerung zu rufen. Dazu hier ein paar historische Anmerkungen:

Im Neuen Testament enden die Evangelien Matthäus (28,18) und Markus (16,15) mit dem so genannten „Missionsbefehl“ des von den Toten auferstandenen Jesus. Als dann etwa im Jahre 56 nach unserer Zeitrechnung sich der Apostel Paulus aufmachte, planmäßig den westlichen Mittelmeerraum bis hin nach Italien zu missionieren, schreibt er den „Römerbrief“ an eine Gruppe in Rom, die dem Jesusglauben bereits anhing. Mit diesem Schritt zur weltweiten Ausweitung verlässt das Christentum den kulturellen Zu-

sammenhang mit der jüdischen Tradition. Paulus überlegt, wie er als Missionar an die Vorstellungen und Gedanken der Menschen der griechisch-römischen Welt anknüpfen kann. Sein Anliegen ist es, Jesus aus Israel als den Heiland der gesamten Welt nahe zu bringen. Das geht nur, wenn der Missionar die religiösen Erkenntnisse und Sehnsüchte der anderen Religionen prinzipiell akzeptiert. Paulus schreibt daher: „Denn was man von Gott erkennen kann, ist unter ihnen offenbart. Denn Gottes unsichtbares Wesen, nämlich seine ewige Kraft und Gottheit, wird seit der Schöpfung der Welt an seinen Werken mit der Vernunft wahrgenommen.“ (Römerbrief 1,19)

In den Erzählungen des Evangelisten Lukas wird etwa 40 Jahre später dieser Anknüpfungspunkt für die christliche Mission in zwei Episoden geschildert. Die eine berichtet, wie Paulus auf seiner Missionsreise in Kleinasien eines Nachts eine Erscheinung hat: „Ein Mann aus Mazedonien stand da und bat ihn: Komm herüber nach Mazedonien und hilf uns!“ und sogleich packt die Missionsgruppe ihr Sachen „in der Gewissheit, dass uns Gott dahin berufen hat, um ihnen das Evangelium zu predigen.“ (Apostelgeschichte 16,9).

In der anderen Erzählung trifft Paulus in Athen ein und spricht auf dem öffentlichen Markt die Leute an: „Ihr Männer von Athen, ich sehe, dass ihr die Götter in jeder Weise besonders eifrig verehrt. Ich bin umhergegangen und habe eure Heiligtümer angesehen und fand einen Altar mit der Aufschrift: Dem unbekannten Gott! Nun verkündige ich Euch diesen Gott, den ihr unwissend verehrt ...!“ (Apostelgeschichte 17, 22). Paulus nimmt sie ernst. „... auch sollen sie Gott suchen, ob sie ihn

Papst Benedikt XVI., Rede in Aparecida, Brasilien am 13. Mai 2007, Auszüge:

„... Doch was hat die Annahme des christlichen Glaubens für die Länder Lateinamerikas und der Karibik bedeutet? Es hat für sie bedeutet, Christus zu erkennen und anzunehmen, den unbekannten Gott, den ihre Vorfahren – ohne es zu wissen – in ihrem reichen religiösen Brauchtum gesucht haben. Christus war der Erlöser, den sie sich im Stillen ersehnt hatten. ... Tatsächlich hat die Verkündigung Jesu und seines Evangeliums in keinem Augenblick weder eine Entfremdung der präkolumbi-

anischen Kulturen mit sich gebracht, noch die Auferlegung einer fremden Kultur bedeutet. Authentische Kulturen sind weder in sich selbst verschlossen noch in einem bestimmten Moment der Geschichte erstarrt, sondern sie sind offen, ja mehr noch, sie suchen die Begegnung mit anderen Kulturen und hoffen, in der Begegnung und im Dialog mit anderen Lebensformen und mit Elementen, die zu einer neuen Synthese führen können – in welcher stets die Verschiedenheit der Ausdrucksformen und ihrer konkreten kulturellen Verwirklichung respektiert wird – zur Universalität zu gelangen ...

Die Weisheit der indigenen Bevölkerung hat sie glücklicherweise dazu gebracht, eine Synthese zwischen ihren Kulturen und dem christlichen Glauben zu schaffen, den die Missionare ihnen angeboten haben. Daraus ist die reiche und tiefe Volksfrömmigkeit entstanden, in der die Seele der lateinamerikanischen Bevölkerung zum Ausdruck kommt ...

Alles das bildet das große Mosaik der Volksfrömmigkeit, die der kostbare Schatz der katholischen Kirche in Lateinamerika ist und den sie bewahren und fördern und falls es notwendig sein sollte, auch bereinigen muss. ...“

→ vielleicht fühlen und finden ... wie auch einige eurer Dichter gesagt haben: „Wir sind von seiner Art.“ Aber dann bekommt Paulus die Kurve für sein missionarisches Anliegen: „Zwar hat Gott über die Zeit der Unwissenheit bisher hinwiegesehen; nun aber gebietet er allen Menschen überall, Buße zu tun.“ Und Bekehrung und Buße sind bitter nötig. Denn die Menschen haben keine Entschuldigung: „Obwohl sie Gott kannten, haben sie ihn nicht als Gott gepriesen ..., sondern haben ihre Gedanken dem Nützlichen zugewandt ... haben die Herrlichkeit des unvergänglichen Gottes ausgetauscht gegen Bilder von vergänglichen Menschen und Vögeln und vierfüßigen und kriechenden Tieren“ (Römerbrief 1, 22f). „Wie sie es verworfen haben, Gott zu erkennen, hat sie auch Gott der Unvernunft preisgegeben, so dass sie tun, was sich nicht gehört: sie sind voll von jeder Art Unrechtheit, Schlechtigkeit. Habgier, Bosheit ... Sie wissen, dass die, die solche Dinge tun, nach Gottes Recht den Tod verdienen; aber sie tun es nicht nur, sondern haben auch Gefallen an denen, die es tun. Darum bist du ohne Entschuldigung ...“ (Römerbrief 2, 1)

Natürliche ursprüngliche Gotteserkenntnis, Sehnsucht nach Erlösung und unentschuldbare Verstrickung der Menschen in die Sünde. Nur Buße, Bekehrung und Taufe des Ungläubigen durch die allein selig machende christliche Kirche können hier die Lösung sein. Das ist das Grundmuster christlicher Mission von Anfang an. Die Varianten der vielfältigen bunten Missionsgeschichte werden sich fortan nur darin unter-



Die Aztekin Malintzin dient als Dolmetscherin, Codex Durán, 1580

scheiden, ob die Kirche aus der Position anfänglicher politischer Schwäche oder später, zum Ausgang des Mittelalters zur politischen Weltmacht geworden, abgesichert in ihrer Verbindung mit Schwert und selbst geschaffinem Recht agieren wird.

Die spanische „Conquista“ und Mission

Bei der Missionierung Lateinamerikas hatte die Kirche von Anfang an die weltliche, die staatliche Macht auf ihrer Seite.

Die Eroberung der Neuen Welt durch die Spanier war zunächst die direkte Fortsetzung des Kreuzzugs gegen die Araber. Nachdem die Araber aus Spanien vertrieben waren, hatte sich Spanien als die aufsteigende Macht schärfster Konkurrenz durch Portugal zu erwähren. Portugal hatte seit vielen Jahrzehnten bereits weite Erkundungen und

Eroberungen in Afrika getätigt. Und ein blühendes Geschäft mit Sklaven, Gewürzen und Bodenschätzen betrieben.

Es war Papst Alexander VI., der 1493 die Auseinandersetzungen zwischen den Seemächten Spanien und Portugal hinsichtlich der entdeckten und zukünftig zu entdeckenden Länder mit einem Schiedsspruch schlichtete und den Blankoscheck für die Zukunft der nächsten Jahrhunderte ausschrieb. Er zog quer durch den Atlantischen Ozean etwas am 40. Längengrad eine Linie: Alle

Länder oder Inseln westlich davon sollten Spanien (z.B. Lateinamerika), alle Länder und Inseln östlich davon Portugal (z.B. Afrika) gehören. In dem päpstlichen Dekret „Inter caetera divinae“ an König Ferdinand von Aragonien und Isabella von Kastilien vom 4. Mai 1493 heißt es: „Wir bestellen und beauftragen Euch und Eure besagten Erben und Nachfolger als Herren über sie mit voller und unumschränkter Gewalt, Autorität und Oberhoheit jeglicher Art.“ Und natürlich fehlte nicht der Missionsauftrag: „Überdies tragen Wir Euch bei Eurem heiligen Gehorsam auf, dass Ihr, unter Anwendung aller gebührenden Sorgfalt, wie Ihr auch versprecht ... und wohinein Wir auch mit Rücksicht auf Eure Treue und königliche Großsinnigkeit keinen Zweifel setzen ..., in den besagten Festländern und Inseln würdige, gottesfürchtige, geschulte, geschick-

Stichwort Requerimiento:

Seit 1513 waren Konquistadoren verpflichtet, bei Eroberungen diese „Aufforderung“ der Bevölkerung vorzulesen

„Im Namen S. M., Don N., des Königs von Kastilien etc., gebe ich, N., sein Diener, Bote und Hauptmann, euch, so gut ich vermöge, kund und zu wissen, was folgt:

...Unter allen diesen Menschen beauftragte Gott unser Herr einen, den heiligen Petrus, dass er über alle Menschen auf Erden Herr und Meister sei, dem alle zu gehorchen hätten, und machte ihn zum Oberhaupt des ganzen menschlichen Geschlechtes, wo immer Menschen leben und wohnen, welchem Ge-

setz, welcher Sekte und welchem Glauben sie auch angehören. Und er gab ihm die ganze Erde als sein Reich und Herrschaftsgebiet und befahl ihm, seinen Sitz in Rom aufzuschlagen als einem Ort, der besonders geeignet ist, die Welt zu beherrschen, stellte es ihm aber auch frei, seinen Sitz an jedem anderen Ort der Erde zu nehmen und alle Völker zu lenken und zu richten, Christen, Mauern, Juden, Heiden und Angehörige jeglicher Sekten oder Glaubensbekenntnisse. Den haben sie Papst genannt ... Einer der letzten Päpste, die an seiner Stelle zu dieser Würde und auf diesen Thron gekommen sind, hat kraft seiner Herrschaft über die Welt diese Inseln und dieses ozeanische Festland den Katholischen Königen von Spanien, da-

mals Don Fernande und Dona Ysabel glorreichen Angedenkens, und ihren Nachfolgern in diesen Königreichen, unseren Herren, mit allem, was darin ist, zum Geschenk gegeben, wie es in gewissen, darüber ausgestellten Urkunden geschrieben steht, die ihr einsehen könnt, so ihr wollt ... Deswegen bitten und ersuchen wir euch nach bestem Vermögen, dass ihr auf unsere Rede hört und eine angemessene Weile darüber beratet, dass ihr die Kirche als Oberherrn der ganzen Welt und in ihrem Namen den Hohenpriester, Papst genannt, sowie an seiner Statt Seine Majestät als Herrn und König dieser Inseln und dieses Festlandes kraft der erwähnten Schenkung anerkennt und euch einverstanden erklärt, dass die

te und erfahrene Männer bestellt, auf dass sie die vorgenannten Einwohner im katholischen Glauben unterrichten und sie zu guten Sitten erziehen.“

In der Einleitung zu seiner seinem Dekret betont er ausdrücklich: „dass in unserer Zeit vor allem der katholische Glaube und die christliche Religion gefördert und überall verbreitet und verstärkt werden; dass für das Heil der Seelen gesorgt werde, dass die barbarischen Völker unterworfen und zum wahren Glauben bekehrt werden.“

Der „glorreiche Weg des christlichen Glaubens“

Auf den mit Kreuz und Marienbild geschmückten Segelfloten der spanisch-portugiesischen Entdecker und Eroberer befanden sich daher gemäß den königlichen Anweisungen an die Seefahrer ständig zahlreiche Welt- und Ordensgeistliche, die sofort die Missionierung der eingeborenen Indianer einzuleiten suchten. Auf der zweiten Reise (1493) war Columbus von 12 Missionaren begleitet. In seinen Briefen an Königin Isabella spricht er artig die Missionsmöglichkeiten an. Sieht man sich jedoch das Bordbuch seiner Reise an, so taucht dort 200 mal das Wort „Gold“ und lediglich 14 mal das Wort „Gott“ auf.

Durch Einrichtung einer strammen Hierarchie und Gesetzgebung wurde der Kirche in Lateinamerika schon früh ein festes Rückgrat gegeben. 1501 setzte Spanien den ersten Bischof ein und 1535 die Spanische Inquisition.

Eroberung und Mission gehen aber nicht getrennt nebeneinander her sondern sind strategische Politik aus einer Hand. Der Papst verlieh an die spanischen und portugiesischen Könige das Patronatsrecht. Das Patronat bildete die strukturelle Seite der Verbindung von Mission und Kolonialisierung in Lateinamerika. Patronat bedeutet: Der König ist Schutzherr der Kirche, er nimmt die Besetzung der Bischofstühle vor. Er ist disziplinarischer Vorgesetzter

des kirchlichen Apparates. Mission und Kirche sind damit Teil seiner Eroberungsstrategie.

An dieser Stelle müsste eigentlich das millionenfache Leid der indigenen Völker in den nun folgenden Jahrzehnten der Missions- und Kolonialgeschichte geschildert werden. Hier soll es aber darum gehen, die rechtliche und theologische Grundlage, die sich Thron und Altar für ihre Verbrechen gegeben haben, zu dokumentieren. Deshalb zitieren wir in Auszügen – siehe Stichwort S. 20) aus dem Text des „Requerimiento“ („Aufforderung“, oder „Bitte“) des spanischen Kronjuristen Palacios Rubios von 1513. Den Indios musste dieser Text verlesen und verkündet werden, bevor ein militärischer Angriff oder gewaltsamer Zugriff vorgenommen werden durfte. Es sollte ja alles fein geordnet zugehen, bevor man die mutwilligen Heiden erschlagen konnte. Der brutale Zynismus liegt auf der Hand. „Nur“ wenn dieser vorgetragenen „Bitte“ des Königs im Auftrage des Papstes an die Bewohner Amerikas nicht stattgegeben wurde, waren die Voraussetzungen für einen „gerechten Krieg“ gegen die Indios erfüllt. „Unentschuldbar“, exakt wie der Apostel Paulus es bereits formuliert hatte, haben die nicht Bekehrungswilligen sich alles Leid und den Tod selbst zuzuschreiben.

Dies war der „glorreiche Weg des christlichen Glaubens“ in Lateinamerika, wie Papst Benedikt XVI. am 23. Mai 2007 bei einem Rückblick auf seinen Brasilien-Besuch auf dem Petersplatz es formulierte, der blutig durch die Geschichte Lateinamerikas geschlagen wurde. Und: „... diese schmerzhafte Erinnerung an die durch nichts zu reffertigenden Verbrechen bei der Evangelisierung dürfe zugleich nicht verdecken, dass der katholische Glaube zum Fundament einer Einheit und Identität der lateinamerikanischen Völker geworden sei.“

Na, dann ist ja alles in Ordnung!
Karl-Helmut Lechner

Ausstellungshinweis

„Humanism in China“ – ein fotografisches Portrait

„Humanism in China“ – unter diesem (im Original englischsprachigen) Titel zeigt das Berliner Museum für Fotografie noch bis 8. Juli eine Ausstellung, die auf 590 Fotos versucht, das Alltagsleben der Menschen im heutigen China zu dokumentieren.

In der Bundesrepublik wird die Ausstellung, eine Gemeinschaftsaktion des Museums für Moderne Kunst in Frankfurt am Main, der Staatsgalerie Stuttgart, der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen in München, der Staatlichen Museen in Berlin und der Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden, seit Mai 2006 gezeigt. Bis Juni 2008 wird sie laut Textband noch in Deutschland zu sehen sein.

Zusammengestellt wurden die Fotos von einem Team chinesischer Kuratoren, professionellen Fotografen, die aus etwa 100.000 Fotografien der letzten Jahrzehnte, erstellt von 250 chinesischen Fotografen, 590 Ausstellungsobjekte auswählten. Die chinesische Originalausstellung wurde 2003 zunächst im Guangdong-Museum in Guangzhou im Süden Chinas gezeigt, danach in Schanghai und Peking. Guangzhou ist die Hauptstadt der Provinz Guangdong im Perlflussdelta, die sich – in der Nähe von Hongkong und Macao gelegen – in den vergangenen Jahrzehnten zum Zentrum der chinesischen Export- und Computerindustrie entwickelt hat. Die Ausstellung versucht, die enormen Umwälzungen der chinesischen Gesellschaft und ihre Rückwirkungen auf den Alltag der Menschen fotografisch zu erfassen.

Humanistischer Anspruch

Die Fotografen und Kuratoren verstehen sich, wie sie selbst schreiben, als Humanisten und Linke. Dem gemeinsam mit dem Ausstellungskatalog erschienenen Textband nach gilt ihre Sympathie dabei eher den früheren Politikern Zhou Enlai und Deng Hsiao Ping als Mao-Tse Tung, wenngleich nirgends eine direkte Kritik an letzterem geäußert wird. Direkt kritisiert im Textband wird dagegen die – in den Bilddokumenten gar nicht behandelte – Kulturrevolution. Sie sei eine Abschottung gegenüber Ideen aus dem Westen gewesen, lautet eine der Kritiken an ihr im Textband. Die andere: der Personenkult um Mao Tse-Tung sei ein „Rückfall in Feudalismus“ gewesen.

Die Fotografen-Vereinigungen, deren Fotos in der Ausstellung gezeigt werden, entstanden ab Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der Schanghaier

hier anwesenden Ordensbrüder euch das Gesagte erklären und verkünden. Handelt ihr danach, dann tut ihr recht und erfüllt eure Pflicht; dann werden Seine Majestät und ich in Ihrem Namen euch mit Liebe und Güte behandeln, euch eure Frauen und Kinder frei und ohne Dienstbarkeit belassen, damit ihr über sie und über euch selbst nach eurem Belieben und Gutdünken verfügen könnt. Man wird euch in diesem Falle nicht zwingen, Christen zu werden ... Wenn ihr das aber nicht tut und böswillig zögert, dann werde ich, das verschern wir euch, mit Gottes Hilfe gewaltsam gegen euch vorgehen, euch überall und auf alle nur mögliche Art mit Krieg überziehen, euch unter das Joch und unter den Gehorsam der Kir-

che und Seiner Majestät beugen, eure Frauen und Kinder zu Sklaven machen, sie verkaufen und über sie nach dem Befehl Seiner Majestät verfügen. Wir werden euch euer Eigentum nehmen, euch schädigen und euch Übles antun, soviel wir nur können, und euch als Vasallen behandeln, die ihrem Herrn nicht gehorsam und ergeben, sondern widerspenstig und aufsässig sind. Wir bezeugen feierlich, dass das Blutvergießen und die Schäden, die daraus erwachsen, allein euch zur Last fallen, nicht Seiner Majestät, nicht mir und nicht diesen Rittern, die mit mir gekommen sind ...

(Aus: Der Aufbau der Kolonialreiche, Dokumente zur Geschichte der europäischen Expansion, Bd. 3, Herausgeber Matthias Meyn, München, Beck-Verlag, 1987)



„Glücklicher Mann an einer Lotterie-Stelle“ (Liu Dewang, 1999)

mus der Künstler mächtig in Gang brachte.“ (Textband, Seite 63 und 64)

In diesem Kontext entstand auch die „April-Fotografiegesellschaft“, die in China 1979 bis 1981 jährlich eine große Ausstellung zum Thema „Natur – Gesellschaft – Mensch“ organisierte. In diesem Kontext sehen sich auch die Fotografen und Aussteller der jetzt gezeigten Ausstellung.

Internationale Vorbilder: Bilder aus dem „New Deal“, Robert Capa und andere

Als internationale Vorbilder für die Zusammenstellung, die Motive und die Technik ihrer Fotos nennen sie unter anderem eine 1955 in New York gezeigte Ausstellung des Fotografen Edward Steichen „The Family of Man“, „ein umfassendes Portrait der Menschheit, das getragen war von der Utopie einer Menschheitsfamilie“ (Textband), eine in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts in den USA gezeigte Ausstellung Leid der Landarbeiter und Bauern zur Zeit der großen Depression und des „New Deal“, und schließlich Fotografen wie Robert Capa, Mitbegründer der internationalen Fotoagentur Magnum, dessen Fotos vom spanischen Bürgerkrieg, vom chinesischen Widerstand gegen die japanische Besetzung, vom zweiten Weltkrieg und vom ersten Indochinakrieg weltberühmt sind.

Sehenswerte Ausstellung, lesenswerter Textband

Die Ausstellung, auch der dazugehörige Foto- und Textband, sind sehens- bzw. lesenswert. Sie zeigen Alltagsszenen aus dem bevölkerungsreichsten Land dieses Erdballs, furchtbares Leid, aber auch

Glück, private Szenen, Arbeitsalltag, einfühlsam aufgenommene Szenen aus dem Leben der „kleinen Leute“. Kinderarbeit auf dem Land kommt ebenso vor wie das Elend der Aids-Kranken und Drogensüchtigen, die Umsiedlung alter Menschen im Umfeld des Drei-Schluchten-Staudamm-Projekts, der Alltag der Wanderarbeiter in den chinesischen Städten und vieles mehr. Politik, die sogenannten „Haupt- und Staatsaktionen“, kommt dagegen nur ganz am Rande vor, etwa in einer Szene, die einen weinenden, von einem Parteidader niedergeschlagenen Bauern zeigt oder in einem Foto von der Wahl von Dorfkadern durch die Bauern, die ihre Stimme abgeben, indem sie hinter dem Rücken der im Kreis auf dem Boden sitzenden Kandidaten Bohnen ablegen.

Die enormen Umwälzungen der letzten Jahrzehnten, insbesondere die Umwandlung von einem weitgehend agrarischen Land zu einem Industriestaat, lassen sich trotz der vielen Fotos dabei oft nur erahnen. 40 Prozent der weltweiten Zementproduktion, ein Viertel der Weltstahlproduktion werden heute in China gefertigt. Ein großer Teil davon dient dem Bau von Wohnungen, von gewerblichen Gebäuden, neuen Straßen, Brücken, Kanalisation usw. Welche Folgen diese Urbanisierung und soziale Umwälzung, die Landflucht und Verstädterung für Familien- und Sozialbeziehungen, für Sitten und Gebräuche, für den Lebensstandard und das Lebensgefühl der Menschen nach sich zieht, interessiert die Fotografen ebenso wie das in vielen Regionen anhaltende Elend auf dem Land. Die enormen sozialen Kontraste Chinas versuchen sie, in ihren Bildern einzufangen und deutlich zu machen.

Auf der anderen Seite dokumentiert die Ausstellung indirekt auch die Änderung der Eigentumsverhältnisse in China. Denn ihren Anspruch, eine „Alltagsfotografie des Volkes“ zu schaffen, können die Fotografen nur teilweise einlösen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen in den modernen Weltmarktfabriken Chinas tauchen schlicht nicht auf in der Ausstellung. Vermutlich, weil vor all diesen Fabriken ein Schild steht: „Privatgelände. Zutritt verboten!“

Diskurse und ihre Bezüge

Er wolle „Die Fahne der Menschlichkeit hochhalten“, schreibt einer der Autoren, und weist deshalb auf die weiter bestehende Not von Millionen Bauern hin: „Die Wirtschaftsexperten behaupten, dass wir bereits eine



„Mit einem Portrait seiner verstorbenen Frau erfüllt sich der alte Mann den gemeinsamen Traum eines Besuchs in Peking“ (Hao Junchen, 2003)

Abtragung eines Lügenberges

Muster des großen Schwindels

Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Ausnahmen bestätigen die Regel. Dem Autor des zu rezensierenden Buches wie Millionen DDR-Bürgern gehen sie schon lange gegen den Strich. Jetzt hat er zehn der schlimmsten Fundamentallügen über die angeschlossene DDR kurz, knapp, jedoch überzeugend widerlegt. Er weist nach, dass die Lügenkrankheit schon Adenauer befallen hat. Alle Spitzenleute der deutschen Parteien, von Schwarz bis Rosa – Rot, bedienen sich der Lüge über die DDR, um ihre eigenen politischen Unfähigkeiten zu kaschieren. Hartmann erinnert u.a. an Klaus Kinkel, der als BRD-Justizminister die Delegitimierung der DDR forderte, an den Pfarrer Eppelmann, der meinte mit seiner Bundestags-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR zu institutionalisieren, an den überbezahlten Museumsdirektors Knabe, der nicht müde wird, die Geschichte der DDR zu kriminalisieren und zu verfälschen.

Ein Diskussionsredner bei der Präsentation des Buches am 10. Mai 2007

Ralph Hartmann: „Die DDR unter dem Lügenberg“, mit einem Nachwort von Gerhard Zwerenz /Verlag Ossietzky GmbH Hannover, 2007, brosch., 116 Seiten, Preis 10 Euro. ISBN 3-9808137-3-8

wies eindrucksvoll daraufhin, dass die Bürger noch einen langen Atem brauchen, ehe westdeutsche Bevölkerung den Lügen politischer Hasardeure nicht mehr glaubt. Schon aus dieser Sicht war es notwendig das Ralph Hartmann sich den Mühen unterzog, wenigstens zehn der volksverhetzenden Lügen über die DDR zu entlarven.

Die Lügenkrankheit von den „... zwei Diktaturen in Deutschland“ steht an der Spitze seiner Kommentare. Es folgt Lüge Nr. 2 „Stasifolter und Stasiterror“. An dritter Stelle folgt die dreckige Lüge „... vom verordneten Antifaschismus“. Hartmann widerlegt die „Alleinschuld der DDR an der Mauer“ und die Lüge von der „Erziehungsdiktatur“.

In seinem Nachwort weist kein Geingererer als Gerhard Zwerenz auf die drei wesentlichen deutschen Konfliktlagen hin: Krieg und Frieden, Reichtum und Armut, Ost und West bzw. West und Ost. Dabei belebt Zwerenz nicht ganz unerwartet seine Kritik an der bürgerlichen Sklaven sprache des „Spiegels“. Er schätzt Hartmanns Selbstkritik und seine temporäre Betrachtungsweise des Untergangs der DDR. Ein schmales Heftchen, von großem politischem Gewicht. Lesbar und überzeugend.

Franz-Karl Hitze



„Der erste Besuch in der Stadt“ (Lu Xianyi, 1997)

Marktsituation erreicht haben ... Der arme Landarbeiter hört dies und fragt sich, warum er zu Hause überhaupt nichts besitzt ... Sogar in der heutigen Zeit sterben viele ältere Menschen auf dem Land, bevor sie überhaupt einen Apfel oder eine Banane probiert haben.“ (Textband, S. 47)

Die Begleittexte sind auch deshalb anregend, weil darin immer wieder Bezüge auf hiesige politische und wissenschaftliche Diskurse durchschimmern. So werden von den chinesischen Autoren etwa beim Thema „Urbanisierung“ Texte von Martin Heidegger ebenso zitiert wie neuere Debatten zum Thema Urbanisierung und Metropolen. Beim Thema Intellektuelle und ihre Rolle in der Gesellschaft beziehen sich die chi-

nesischen Autoren auf den Palästinenser Edward Said wie auf Texte von Walter Benjamin. Welcher der unzähligen heutigen europäischen oder amerikanischen „China-Experten“ kann von sich behaupten, einen einzigen chinesischen Literaten, Philosophen oder Wissenschaftler der letzten hundert Jahre gelesen zu haben?

Bei einem Besuch der Ausstellung fällt deshalb auf, wie wenig im Grunde auch heute hierzulande über die politischen und sozialen Gegensätze und Umwälzungen und die damit verbundenen Diskussionen und Kämpfe in China bekannt ist. So macht die Ausstellung am Ende neugierig auf weitere Texte und Berichte über die sozialen Umwälzungen und Kämpfe im heutigen China. rül

„Humanism in China“, Fotoausstellung, bis 8. Juli 2007 noch zu sehen im Museum für Fotografie, Jebensstraße 2, 10623 Berlin. Der Katalog zur Ausstellung ist erschienen in der Edition Braus im Wächter Verlag GmbH, Postfach 120141, 69065 Heidelberg (www.EditionBraus.de) und kostet inkl. Textband 35 Euro.



2. Juni. Rostock. Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Aufrufe und genaue Termine und Veranstaltungen usw. siehe www.heiligendamm2007.de

6. bis 10. Juni. Köln. 31. Evangelischer Kirchentag. Motto: „lebendig und kräftig und schärfer“.

15./16. Juni. Berlin. Letzte Parteitage von Linke.PDS und WASG; Gründungsparteitag Die Linke.

17. Juni. Mannheim, Heilbronn. Oberbürgermeisterwahlen.

23. Juni. Hannover. „Zukunftsconvent“ der SPD. Ende Oktober beschließt der SPD-Parteitag in Hamburg das neue Grundsatzprogramm. Die Tagung in Hannover dient der Mitgliederdiskussion.

2. bis 5. August. Erfurt. Linke Sommerschule. Thema Kurs „Kulturwissenschaften“: Gesellschaft/Gemeinschaft. Thema Kurs „Wirtschaft“: Welthandel, wahrscheinlich Wirtschaftsraum USA-Europa.

28./29. September. 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. 2. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

26 bis 28. Oktober. Hamburg. Vorstandswahlen und Beschluss über ein neues Programm.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall.

7. bis 9. November. Potsdam. Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung. Soziale Ungleichheiten und Armut

sind nicht neu, sondern seit langem Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung. Während in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und sozialen Fortschritts die Hoffnung vorherrschte, dass sich soziale Ungleichheiten im Laufe der Zeit abschwächen würden, sehen wir, dass soziale Spaltungen und Armut in der Gesellschaft zunehmen. Die Bundestagung 2007 soll deshalb in den Handlungsfeldern Arbeit und Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, soziale Rechte und Menschenrechte sowie Wohnen und Gesundheit die tatsächlichen Chancen wohnungsloser Menschen zur sozialen Integration untersuchen. Müssen die Ziele sozialer Integration neu definiert werden? Muss der Abbau sozialrechtlicher Ansprüche aus der Perspektive der Menschenrechte grundsätzlich hinterfragt werden? Das sind nur einige der Fragen, die der dreitägige Kongress beantworten möchte.
 Nähere Info: www.bagw.de.

22. bis 25. November. Hamburg. 1. Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräs.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html